

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illust. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Vollabonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Druck- und Verlags-Gesellschaft für die Verlagsanstalt in Berlin, Unter den Linden 10. Expedition: SW. 19, Benth-Str. 3. Preis für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verlags- und Druck-Anstalt
Am 1. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Str. 2.

Donnerstag, den 4. Mai 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Str. 3.

„Am Vorabend der Entscheidung“?

Berlin, den 3. Mai.

Heute begann nach monatelangem, unter den wichtigsten Vorwänden immer und immer verlängertem Säubern die zweite Lesung der Militärvorlage im Plenum des Reichstags. Wird sie die Entscheidung bringen? Die meisten sagen und glauben es. Wir schreiben ein Fragezeichen.

Das Tragikomische der gegenwärtigen Lage ist, daß niemand einen Schritt weit vor sich sehen kann, wie in einem dicken Nebel. Die Kanongießer und politischen Wetterpropheten, die mit der Stange im Nebel herumstochern, stoßen auf keinen festen Punkt. Es ist heute alles so ungewiß, wie am ersten Tag, da die Militärvorlage dem Reichstag zuzuging. Die Zukunftsstaats-Fragler, die uns Sozialdemokraten im Februar zumuteten wollten, die sozialistische Zukunftsgestaltung des Staats und der Gesellschaft in allen Einzelheiten auszumalen, sind heute nicht im Stande, auch nur 24 Stunden voranzuschauen, und uns zu sagen, ob morgen (oder übermorgen, oder Sonnabend) um diese Zeit die Militärvorlage angenommen, oder der Reichstag aufgelöst, — oder für neuen Kompromißschacher neue Frist festgesetzt ist.

Und — köstlicher Witz der Geschichte und zugleich klassisches Walten der Nemesis! — alle diejenigen Parteien, welche in der famosen „Zukunftsstaats-Debatte“ die Sozialdemokratie „vernichtet“ haben, sind in vollster Auflösung und Spaltung — und zwar, wenn auch nicht infolge, doch aus Anlaß der Militärvorlage, die sie zu jener tollen Debatte verleitet hat. Der „Thurm“ des Herrn Bader wackelt nicht bloß, er ist gespalten. Die Partei des Waters der Sparagmus gespalten, wie er selbst diesen Morgen blutenden Herzens verkündete mußte. Die Partei des Stöcker und des Königs Stumm schlimmer als gespalten: verachtt. Und die Partei des biederen Kuschner, der uns den Totenschein anstellte — aber wer kümmert sich noch um die „Wotshafterpartei“? Sie ist gewesen. Und die nationalliberale Partei, die uns schon früher so oft getödtet und begraben hat? Wo ist sie? Verschollen in alle Winde! Weggeblasen von dem Hauch der Machtthaber, die sie in's Leben gerufen.

Und die „vernichtete“ Sozialdemokratie steht fest, und beherrscht die Situation, und die Furcht vor der vernichteten Sozialdemokratie beherrscht die „Vernichter“. Die Furcht vor der Auflösung, vor den Leidenschaften des entseffelten Wahlkampfes drängt die Regierung zum Kompromiß, gestand der Reichskanzler in seiner heutigen, übrigens sehr, sehr schwachen Rede — zur Wauwaupolitik muß man eigens organisierte Geruchs- und Geschmacksnerven haben —, und die Furcht vor der Auflösung heißt Furcht vor der Sozialdemokratie, die als einzige prinzipielle Protestpartei gegen den Militarismus dem nächsten Wahlkampf, der sich auf politischem Gebiet zweifellos in erster Linie um den Militarismus dreht, seinen Charakter aufdrücken wird.

Die jetzige Lage mit ihrer fast lächerlichen Ungewißheit wurzelt in dem scharfen Gegensatz, der sich zwischen Volk und Volksvertretung herausgebildet hat. Vom radikal-demokratischen Gesichtspunkt aus wird bekanntlich seit Jahrzehnten dem Repräsentativ-System der Vorwurf gemacht, daß es keine richtige Vertretung des Volkes bewirke, daß die Volksvertretung nicht eins sei mit dem Volk, nicht einerlei Geistes und Gefühls mit ihm; und in der Schweiz hat man diesen, allerdings thatsächlich vorhandenen, Zwiespalt dadurch auszugleichen gesucht, daß dem Volk durch das Referendum und die Initiative die Möglichkeit gegeben ward, selbstthätig an der Gesetzgebung teilzunehmen und das Repräsentativsystem durch die „direkte Gesetzgebung“ zu ergänzen und zu korrigieren.

Wir in Deutschland haben keine solche Korrektur, und weite Massen des Volkes sind noch nicht zu dem klaren Bewußtsein ihrer Interessen und noch nicht zu der Erkenntnis gelangt, daß sie nur durch Männer in gleicher oder ähnlicher sozialer Stellung, mit gleichen oder ähnlichen Anschauungen und Interessen richtig „vertreten“ sein können. Trotz des allgemeinen Stimmrechts bietet deshalb der deutsche Reichstag ein durchaus falsches Spiegelbild des deutschen Volks. Während im deutschen Volk neun Zehntel der Bevölkerung, laut der amtlichen Einkommenstatistik, der armen und unbemittelten Klasse angehören und nur ein Zehntel der reichen, ist im Reichstag das Verhältnis gerade umgekehrt: neunzig Prozent der Volksvertreter gehören, wenn auch zum Teil nur als Beamten und Bedienstete, zur herrschenden und reichen Klasse, oder sagen wir schlecht-hin: zur Kapitalistenklasse.

Die Kapitalistenklasse ist aber für den Militarismus, — nicht aus Furcht vor den Franzosen und Russen, sondern aus Furcht vor dem Sozialismus. Und für sie hat ja auch der Militarismus materielle Vortheile (Offiziersstellen, Pensionen etc.), während die armen und arbeitenden Klassen die Lasten und Opfer desselben zu tragen haben.

So ist es denn ganz natürlich, daß der in seiner überwältigenden Mehrheit kapitalistische Reichstag in seiner Mehrheit für, das in seiner überwältigenden Mehrheit proletarische deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit gegen die Militärvorlage ist.

Wir sagten schon vor einem halben Jahr, daß im Reichstag eine Majorität für die Militärvorlage vorhanden sei. Und wir hatten Recht. Wäre dem nicht so gewesen, dann wäre die Militärvorlage schon im November dem Reichskanzler vor die Füße geworfen worden. Allein aus Furcht vor dem Volk, vor den Wählern wagte die Mehrheit nicht, Farbe zu bekennen. Und so entstand denn jene schwachvolle Komödie der langen Dank, jenes planmäßige Zeitbottschlagen, jenes berechnete Ermüdungs- und Breitenschlagungs-Spiel, womit das deutsche Volk beinahe ein halbes Jahr hindurch gepöppt und genarrt worden ist.

Heute hat nun ein frischer Akt der Komödie begonnen. Denn wir sind noch inmitten der Komödie. Der Schacher dauert fort.

Auf der Bühne, vor versammeltem Volk, spreizt sich katonische Tugend, hinter den Koulissen wird um einzelne Stimmen gefeilscht, wie der Teufel um arme Seelen feilscht.

Und die „armen Seelen“ sind vorsichtig: „was würde aus uns werden, wenn die Stimmzahl nicht langte, wenn doch aufgelöst würde und wir vor die erzürnten Wähler uns hinstellen müßten? Drum Vorsicht! Vorsicht!“

Der Verrath ist beschlossen. Fraglich ist bloß das Wann? und das Wie? Jetzt schon bei der zweiten Lesung? Oder erst bei der dritten, falls diese sich nöthig oder nützlich erweist? Oder — nach der Auflösung, mit dem Mandat-Blankowechsel auf 5 Jahre prolongirt? Das ist die Frage. Das allein!

Und die schlimmsten Verräther sitzen nicht auf der rechten, sie sitzen auf der linken Seite. Der Deutschfreisinn hat sich wieder einmal durch seine Bourgeoisnatur von den einfachsten Forderungen der Demokratie, ja des bürgerlichen Liberalismus abdrängen lassen, und liefert ein fortschrittliches Kontingent für die schwarze Rückschrittstruppe des Herrn von Huene.

Aufgeklärt hat die heutige Debatte nichts. Sie sollte nach Verabredung ganz kurz sein, und ist künstlich noch abgekürzt worden — die Kompromißarbeit braucht Weile. Aber der Stein ist im Rollen. Bringt diese Woche noch nicht die Entscheidung, so fährt sie uns ihr doch näher, und wir wollen uns und die Leser nicht mit Vermuthungen und Wahrscheinlichkeits-Rechnungen abquälen.

Für uns ist der Weg vorgezeichnet. Wie immer der gegenwärtige Akt der Komödie endigen möge, die deutsche Sozialdemokratie weiß was sie zu thun hat, und das deutsche Volk wird seine Vertreter scharf überwachen, die Verräther unerbittlich zur Rechenschaft ziehen. Die nächsten Wahlen — gleichviel ob sie jetzt sofort stattfinden oder erst nach anderthalb Jahren — sie werden den Verräthern ein großes Strafgericht sein, und als Anklägerin wird walten und das Urtheil wird vollstrecken die „vernichtete“ Sozialdemokratie.

Die Militärvorlage.

Der Pindler lobt in höherem Auftrage die Konserpativen, deren Zustimmung zum Antrag Huene zweifellos sei. „Indem diese Partei“, bekamert die Norddeutsche Allgem. Zeitung, „auch jetzt wieder als erste einem ausführbaren Verständigungsvorschlage zustimmt, der ein wirkliches Angebot darstellt, beweist sie, in wie hohem Grade sie fähig ist, in Fragen, welche die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes betreffen, alle anderen Rücksichten zurücktreten zu lassen.“ Das heißt aus dem Pindler'schen ins Deutsche übersetzt, die Junker stimmen dem Kompromiß zu, weil ihre Klasseninteressen dadurch stark gefördert werden. Die „Ehre“ und die „Sicherheit“ des „Vaterlandes“ haben die Junker immerdar in der Hand beschützt, daß sie die produktiven Schichten der Bevölkerung unterdrückt, ausgebeutet und geprellt haben. Ihre Wirksamkeit in diesem Jahrhundert läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Genoa, Karlsbad, Olmütz, Livoli! —

Feuilleton.

(druck verboten.)

79

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisierte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

„Es muß für Dich wirklich sehr heiß sein, Andrej. Mir wurde gesagt, daß die Polizei einen gehörigen Wischer Deinetwegen bekommen hat und nun entschlossen ist, die Scharte auszuwehen. Der Polizeichef sagte, daß er die Stadt um und um lehren würde, bis er Dich lebendig oder todt haben wird.“

„Leichter zu sagen als zu thun,“ bemerkte Andrej ruhig. „Sie haben bei vielen anderen Gelegenheiten auch so gepöppt.“

„Die Gefahr ist für Dich ernster, als Du vermutest, sie haben, was Du wohl nicht erwartetest, Wind bekommen, daß Du hier bist. Sie können einen Schritt weiter gehen. Es ist besser, nicht mit dem Feuer zu spielen. Glaubst Du nicht, daß es hohe Zeit für Dich ist, ihnen aus dem Wege zu gehen, und nach dem Auslande zu reisen. Gerade darüber wollte ich mit Dir sprechen.“

Andrej schüttelte zum Zeichen energischer Verweigerung den Kopf.

„Sieh nicht zu voreilig im Ablehnen!“ sagte Repin. „Läß mich ausreden. . . . Einige Monate Ruhe werden Dir nicht schaden. Tanja wird dieser Ausflug besonders

wohlthun. Sie kann nach Belieben nach jeder Richtung lesen und studiren. Du wirst doch nicht ableugnen, denk ich, daß die Wissenschaft Eueren revolutionären Bestrebungen etwas nützen kann?“

„Nein, das nicht“, antwortete Andrej.

„Dann wirst Du doch nicht abstreiten können, daß mein Plan für sich spricht. Tanja wird etwas für die Zukunft aufspeichern, Du wirst etwas von Deiner Vergangenheit in Vergessenheit bringen, und beide werdet Ihr zu einer günstigeren Zeit zurückkehren. Je später, desto besser, wenn Ihr meinen Rath annehmen wollt. Wenn Du Bedenken hegst, Dein Geld anzugreifen, so will ich Euch mit allem, was Ihr braucht, versorgen.“

Andrej überlegte — nicht gerade über das Anerbieten, wie Repin annahm; so weit es ihn betraf, war ja nichts zu überlegen. Es fiel ihm ein, daß der Vorschlag vielleicht für Tanja annehmbar sei. . . . Aber nein! auch für sie war es außer Frage, daß sie ihn nicht akzeptiren könne. Sie würde sich nie damit einverstanden erklären, das Land gerade jetzt zu verlassen, wenn auch nur für kurze Zeit.

„Du bist sehr gütig,“ sagte er; „ich kann aber Dein Anerbieten nicht annehmen, und ich bezweifle sehr, ob Tanja es thun wird. Du kannst aber etwas Anderes für uns thun. Darf ich fragen, wann Du nach Deiner Sommervilla ziehen willst?“

„Nach einem Monate. Vielleicht etwas früher. In wie fern kann das aber einen von Euch berühren?“

„Es wäre gut,“ sagte Andrej, „wenn Du so früh wie möglich dorthin überfiedeln würdest, Tanja Dich begleiten und drei oder vier Monate dort bleiben würde.“

Andrej hoffte eben, daß Tanja, da sie ihren Vater

sehr liebte, die Trennung leichter ertragen könnte, wenn sie bei ihm war.

Repin sagte, daß er sich immer freuen würde, Tanja, so lange sie wolle, bei sich zu sehen. Er betrachtete es schon als Gewinn, sie vier ganze Monate von der Bewegung fern zu wissen. Aber dies war doch nur ein schwacher Trost. Er bestand deshalb noch auf seinem Plan einer gemeinsamen Reise nach dem Auslande, und hob die Vortheile hervor, welche eine solche hatte im Vergleich zu einer zeitweiligen Zurückgezogenheit gerade bedjenigen von ihnen, der weit weniger der Gefahr ausgesetzt war.

„Nein,“ sagte Andrej bestimmt. „Ich kann auf keinen Fall die Stadt verlassen. Es hat keinen Sinn, darüber zu sprechen. Lassen wir die Sache fallen.“

Repin's Antlitz verfinsterte sich. Dieser Ton, diese Hartnäckigkeit und vor allem der Wunsch, Tanja fernzuhalten, zeigten deutlich, daß die neuen Pläne der Revolutionäre, von denen er eine unbestimmte Ahnung hatte, wirklich fürchterlich sein müßten, und daß Andrej selbst eine ansehnliche Rolle bei ihrer Ausführung zu spielen habe.

„Wieder eine Eurer höllischen Angelegenheiten?“ fragte er mit leiser Stimme.

„Etwas derartiges,“ sagte Andrej ausweichend. „Einen Moment schweigen beide.“

„Ich denke wirklich, Du solltest Dich nicht so beeilen, Dir den Kopf einzurennen. Du hast ihn leichthin genug auf's Spiel gesetzt, und könntest Dir gerade jetzt etwas Ruhe gönnen,“ sagte schließlich Repin.

„Ich kann nichts dafür,“ antwortete Andrej. Soldaten dürfen sich in Kriegzeiten auch nicht nach überstandenen Gefahren vom Dienste zurückziehen.“

Die „Magdeburgische Zeitung“ berechnet die für den Ruhhandel nötigen Stimmzahlen wie folgt: „Es müßten also aus der deutschfreisinnigen und der Zentrums-Partei noch 52 Abgeordnete gestellt werden. Rechnet man für den Anhang der Herren Rickert und Hänel nur 20, so müßten aus der Zentrums-Partei noch 32 hinzukommen. Die Zahlen könnten sich indessen etwas niedriger stellen, da die Rechnung unter Voraussetzung eines vollständigen Hauses gemacht ist, auf das nicht zu rechnen sein wird.“ Natürlich, denn der Launen und Flauen, die im Stillen für die Vorlage schwärmen, giebt es genug. Die Drückeberger werden sich still davonziehen, und das Volk soll die Reche zahlen. Aber über die dunklen Ehrenmänner des Zentrums und des Deutschfreisinn, die schände und treulos ihr Wort gebrochen haben, wird das Volk unbarmherzig zu Gericht sitzen und mit diesen treubruchigen Parteien aufräumen, wie es gerechten Richtern ziemt.

Wisnarski schreibt in den „Hamburger Nachrichten“: „Das die jegliche Militärvorlage die Zustimmung der Mehrheit der Nation hat, glauben wir nicht; das glaubt auch die Regierung selbst nicht, sonst würde sie ohne Zweifel aufgelöst haben, um ihre Vorlage durch ein allseitiges Vertrauensvotum der Wähler zu decken. Wenn die Vorlage trotzdem mit allen Mitteln des Druckes, über den die Regierung verfügt, und mit Hilfe der Furcht der Fraktionspolitiker vor Verlust bei Neuwahlen durchgebracht wird, so wird sich dies in der Zukunft ebenso schwer rächen, wie sich die früheren Versäufnisse an dem Interesse der Wähler bei den inzwischen stattgehabten Ersatzwahlen gerächt haben.“

Der Kompromiß-Antrag Huene, der heute dem Reichstage zugegangen ist und der nahezu alle Forderungen der Regierung bewilligt, siehe in der Abtheilung: Parlamentarisches. — Wir verweisen zum Vergleich auf die nachstehende Uebersicht:

Antrag Huene:	Regierungsvorlage:
Friedenspräsenzstärke 479 229 Gemeine.	492 068 Gemeine, + (mehr) 12 839 Mann.
Kavallerie 465 Eskadrons.	477 Eskadrons, + 12 Eskadrons.
Infanterie 588 Bataillone und 173 Halb-Bataillone (vierte Bataillone) = 711.	711 Bataillone.
Dauernde Jahres-Ausgaben (nach H.'s Schätzung) 68 Millionen.	75 Millionen.

Huene fügt seinem Antrage selbst folgende „Bemerkungen“ hinzu:

Der Antrag bedeutet gegenüber der Regierungsvorlage:
1. eine dauernde Herabminderung der Präsenz von rund 18 800 Mann einschließlich 1095 Unteroffiziere. Davon befindet sich eine Herabminderung der Oekonomien-Handwerker um rund 2300 Mann, so daß die Armeeverfälschung nicht nur keine Erhöhung, sondern eine Herabsetzung des jetzigen Zustandes um ca. 800 Köpfe herbeiführt. Ferner findet durch die Neueinstellung von rund 11 000 Gemeinen für Unteroffizier-Manquement für die ersten Jahre eine entsprechende Herabminderung statt, welche frühestens im Laufe von 5 Jahren noch und nach verschwinden wird. Endlich wird im ersten Jahre durch Entlassung der Dispositionsdurlauber im bisherigen Umfange eine Minder-Präsenz von 5000 Mann erfolgen. Also im ersten Jahre eine Gesamt-herabminderung von 29 800 Mann.
2. Dauernd Rekruten weniger 6500, vorübergehend 11 000, zusammen 17 500.
3. Minderkosten dauernd rund 9 Millionen; außerdem für das erste Jahr noch rund 4 Millionen, welche in den folgenden Jahren in ihrem Betrage entsprechend herabgemindert werden. Endlich werden nicht unerhebliche Ersparnisse an den einmaligen Ausgaben eintreten.“

Der Kompromiß-Antrag ist von Huene allein eingebracht, ohne sonstige Unterschriften aus dem Zentrum. Graf v. Ballestrem hat den Vorsitz der Fraktion niedergelegt. Er, von Huene, Prinz Krenberg, Graf Adelman und der unfeindliche Komiker von Schallha, der schlechteste Semmel-Magnat, haben sich, wie die „National-Zeitung“ erzählt, in der gestrigen Fraktions-Sitzung für das Kompromiß erklärt. Das ist also die Blüthe des feudalen Junkertums. Ein neuntes, zum Unfall bereites Zentrumsmittglied soll krank sein. Bei den Deutschfreisinnigen sind fünfzehn bis sechzehn Kompromißler bis jetzt gezählt.

Dem Antrag Huene giebt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihren offiziellsten Segen: „Der Antrag des Freiherrn v. Huene hält die Mittellinie zwischen „Sollen und Dürfen“ inne. Er gewährt sämtliche geforderten Formationen, welche nötig sind, um diejenige Schwächung unserer Heeresorganisation, welche moralisch wie technisch mit Aufhebung der dreijährigen Dienstzeit für die Fußtruppe unzweifelhaft verbunden ist, zu vermeiden.“

„Dann und wann werden sie aber, um Dein Gleichniß beizubehalten, abgelöst.“

„Manchmal... Manchmal aber auch nicht, und das ist gerade diesmal der Fall mit uns“, antwortete Andrej. Diese unerschöpfliche Energie und dieser Muth imponirten Repin und eroberten sein Herz für die Revolutionäre im Allgemeinen und für Andrej im besonderen. Er selbst war so unheimlich skeptisch und hatte überall so viel Feigheit und Selbstsucht gesehen, daß er nicht umhin konnte, Charaktereigenschaften, wie die Andrej's zu bewundern. Unfähig den Enthusiasmus für die Sache der Revolution zu theilen, bewahrte er ihnen doch wenigstens seine Sympathie.

Heute aber überwogen Erbitterung und Enttäuschung über die Vereitelung seines Lieblingsplanes alles andere. Er zürnte Andrej wegen seiner, wie er meinte, unndthigen Hartnäckigkeit.

„Dann hast Du Dich wohl über jenen Punkt fest entschlossen?“ fragte er.

„Ja, das habe ich. Es ist nutzlos, darüber weiter auch nur ein Wort zu verlieren.“

„Nun, ich weiß aus Erfahrung, wie unlenksam Ihr alle seid. Ihr seid von einer Hier nach Selbstaufopferung beherrschet und Ihr werdet Euer Leben riskiren müssen, so lange nur Athem in Euch ist. Fanatiker sind Beweisgründen unzugänglich. Sie sind unheilbar.“

„Ach Du, mein Sohn Brutus!“ sagte Andrej mit traurigem Lächeln. „Ich dachte, daß Du uns etwas besser kennst. Fanatiker sagst Du. Ich zweifle, ob Menschen, die dieser Definition entsprechen, in Fleisch und Blut existiren. Ich, für meinen Theil, gestehe, keinem begegnet zu sein, obgleich meine Erfahrung in dieser Richtung ziemlich groß und mannigfaltig ist. Nein, wir sind keine Fanatiker, wenn anders Ihr unter diesem Worte etwas versteht. Wir sind überzeugte und hart arbeitende Leute, welche, ich versichere Dich, gerne leben möchten und die Annehmlichkeiten des Lebens zu würdigen wissen, wofür wir sie, ohne unser besseres Ich zu erschicken, genießen können.“

„Ja,“ sagte gedehnt Repin, „aber Euer besseres Ich“

meiden. Er gewährt auch die hier von sachlich untrennbaren Etatserhöhungen bei sämtlichen Truppengattungen, bei denen die zweijährige Dienstzeit zur Einführung gelangen soll. Endlich stellt er auch in seinem Gesamteffekt nicht allein die in hohem Grade wünschenswerthe absolute Vermehrung der ausgebildeten Mannschaften sicher, sondern auch die anstrengende Verjüngung der Feldarmee im Kriegesfalle. Allerdings bedeutet derselbe immer noch eine dauernde Herabsetzung der geforderten Friedenspräsenzstärke um 10 500 Köpfe des streitenden Gemeinenstandes gegenüber der Regierungsvorlage, und es bedarf weiter keiner näheren Auseinandersetzung, daß die verantwortlichen Stellen nur höchst ungern zu dieser Minderung der Friedensstärke sich entschließen werden, weil Friedenspräsenz und militärische Leistungsfähigkeit der vaterländischen Wehrkraft in untrennbarem Zusammenhange stehen. Die betreffenden Stellen sind aber der sicheren Hoffnung, diesen Ausfall noch durch die Vortheile der neuen Organisation ausgleichen zu können. Darüber hinaus jedoch nicht!“

Das heißt: Herr von Huene gewährt alles, was die Regierung will. Denn aufgeschlagen hat von vornherein der kluge Malter Caprivi, um sich nachher widersprechend einen Vettel abdingen zu lassen. Diese Taktik gehört zum „legitimen“ Handelsgeschäft, jeder Korbhändler wird darüber Auskunft geben können.

Das amtliche Organ des Zentrums, die „Germania“, schreibt über die am 2. Mai stattgehabte Fraktions-Sitzung der Zentrums-Abgeordneten:

„Die Sitzung war natürlich zahlreich besucht. Der zweite Vorsitzende der Fraktion, Herr Graf Konrad Preysing, leitete die Verhandlungen. Der erste Fraktionsvorsitzende Graf v. Ballestrem war nicht erschienen. Er hatte in einem Schreiben an den Grafen Preysing, das verlesen wurde, seine Stellung als Vorsitzender niedergelegt, weil er bezüglich der Militärfrage mit der Mehrheit der Fraktion sich nicht in Uebereinstimmung befand. Freiherr von Huene legte seinen Antrag, den die Feier unter parlamentarischen Umständen, vor, einen vollständigen Gegenentwurf gegenüber dem Entwurf der Regierung, dem letzteren aber in den Forderungen in der schon bekannten Weise weit über Herrn von Ballestrem hinaus entgegenkommend. Nach einer kurzen Uebersicht, die aber sofort mit größeren Leistungen, als das Zentrum zu bewilligen bereit ist, beginnt, kommt der Huene'sche Vorschlag hinaus auf eine Friedenspräsenz von 70 000 Mann (Regierungsvorlage 84 000), auf 58 500 Rekruten jährlich (mehr 80 000), auf 55 Millionen jährlicher Mehrkosten (gegen 65 Millionen). Die anwesenden Zentrumsmitglieder lehnten den Huene'schen Vorschlag mit allen gegen 8 Stimmen ab. Von den nichtanwesenden werden noch einige weitere Stimmen kommen; im Ganzen sind es nicht mehr, als wir schon sagten. Die Zahl reicht nicht einmal aus zur Unterstützung des Antrages im Reichstage, dazu müssen noch andere Parteien Stimmen herbeibringen; der Antrag ist also auch in dieser Hinsicht kein Zentrumsantrag, und Herr v. Huene wird ihn als seinen Antrag im Reichstage einbringen.“

Das Zentrum bringt den Antrag ein, den Herr Dr. Lieber bei der zweiten Kommissions-Berathung im März im Namen des Zentrums gestellt hat. Wenn also nicht — und das ist nicht zu erwarten — die freisinnige Partei fast ganz umfällt, so ist die Militärvorlage auch im Reichstage verworfen, wie sie von der immensen Mehrheit des Volkes schon längst verworfen war. Möge die Regierung dem Zentrumsantrage entgegenkommen — sie kann es!“

Hält das Zentrum Stand, dann scheitert trotzdem die Vorlage. Es müßte denn der Deutschfreisinn die ruhmvolle Aufgabe übernehmen, den Regierungskarren aus dem Sumpfe zu ziehen und die vollverwundene Vorlage mit Hurrah zu genehmigen.

Vergleicht man das Huene'sche Angebot mit dem jetzigen Zustande und dem Zentrumsantrage in der Kommission, so bietet sich, wie die „Voss. Zig.“ hervorhebt, eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, im bisherigen Sinne des Wortes, um 71 055 Mann, außerdem die Umwandlung der Höchstziffer in die Durchschnittsziffer, das heißt nach den in der Kommission angestellten Berechnungen eine weitere Erhöhung um etwa 20 000 Mann. „Für die ersten Jahre“ wird die Gesamtzahl allerdings geringer sein. Aber dieser vorübergehende Zustand kann für die Beurtheilung des Antrages nicht maßgebend sein. Die fortwährenden Mehrausgaben, die der Antrag Huene erfordert, stellen sich auf 55 Millionen Mark jährlich. Der vom Zentrum in der Kommission eingebrachte Gegenentwurf wollte eine Präsenzstärke von 420 031 Mann bewilligen, also 58 198 Mann weniger als Herr von Huene; nur sollte nach dem Zentrumsantrage die auf die Fußtruppen entfallende Zahl als Durchschnittsziffer, die auf die Kavallerie und die wirtende Feldartillerie kommende Zahl als Höchstziffer gelten.

Die bisherigen Berechnungen über die Ausfälle der Militärvorlage gingen von der Voraussetzung aus, daß die

verlangt so viel, um sich behaglich zu fühlen. Und wenn Ihr es nicht erlangen könnt, werdet Ihr wild wie Kinder, die nach dem Monde schreien.“

In diesem Tone fuhr er fort. Da er Andrej zürnte, gab er seinem Grolle Ausdruck, indem er die Partei, zu der sein Schwiegervater gehörte, mit besonderer Bitterkeit angriff. Er sprach von der Ausschließlichkeit ihrer Anforderungen, der unbedachten, sorglosen Herausforderung, die den Despotismus, gegen den sie stritten, nur noch mehr stärkte; daß sie sich dem ganzen gebildeten Rußland, für welches Repin auch das Recht der Existenz beanspruchte, ganz unerträglich machten.

Andrej verteidigte sich ruhig und zuerst halb scherzend. Er war an solche Angriffe von Repin gewöhnt. Das Thema ging aber zu nahe, um bei seiner Besprechung ruhig zu bleiben und die letzte Anklage brachte ihn auf.

„Eure freidenkenden und gebildeten Russen,“ rief er aus, „sind um ihre Existenz und um ihr bequemes Leben sehr besorgt, das weiß ich wohl. Es wäre für unser ganzes Land besser, wenn sie auf diese Dinge weniger Gewicht legen würden.“

„Wolltet Ihr vielleicht, daß wir alle auf die Straßen gehen und auf jeden vorübergehenden Polizisten Bomben werfen?“ fragte Repin ironisch.

„Welcher Unsin!“ rief Andrej hervor. „Ihr braucht keine Bomben zu werfen; Ihr habt Eure eigenen Waffen, mit denen ihr kämpfen könnt; aber kämpft, wenn Ihr Männer seid! Laßt uns zusammen sechten. Wir werden dann stark genug sein, um die Autokratie ein für alle Mal zu bekämpfen und auch zu siegen. So lange Ihr aber fortfaßt zu winseln und uns vorzuwerfen, daß wir die Hand, die uns schlägt, nicht lassen, wird es nicht besser. Wenn die blinde Wuth der Widervergeltung sich auf Euch erstreckt, dann zerreißt Eure Kleider und streut Asche auf Euer Haupt, ertragt es aber als das, was Euch gebührt. Stimmt keine Klagen an, die ebenso würdelos wie nutzlos sind, denn Ihr werdet Euch heifer schreien vor Blöden, Vorwürfen, Bitten, aber wir werden Euch nicht beachten.“

„Wer spricht von Vorwürfen?“ sagte Repin, eine ungeduldige Handbewegung machend. „Persönlich magst Du

kein keiner Fraktion angehörenden Abgeordneten aus Elßas-Lothringen den Verhandlungen fern bleiben würden. Diese Annahme ist unzutreffend gewesen. Die reichsländischen Abgeordneten sind heute im Reichstage erschienen. Es wird versichert, daß sie, mit einer Ausnahme, einmüthig gegen die Vorlage stimmen werden.“

Die in Bonn erscheinende ultramontane „Deutsche Reichszeitung“ läßt scharfe Kritik an Huene und schreibt zum Schluß: „Wir wiederholen es zum dritten Male, es ist Ehrensache des Freiherrn von Huene, sein Abgeordnetenmandat in die Hände seiner Wähler zurückzugeben, resp. bei der Neuwahl zurückzutreten.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Mai.

Bravo! Dem Seniorenkongress des Reichstages ist von der Reichsregierung mitgetheilt worden, daß im Falle der Ablehnung der Militärvorlage der Reichstag sofort aufgelöst und auf die Erledigung der noch ausstehenden Gesehtwürfe verzichtet werde. Je rascher, desto besser, meinen wir. —

Das Herrenhaus hat in seiner gestrigen Sitzung die vom Abgeordnetenhaus beschlossene 2000 M.-Klausel, wonach die Einkommensteuerbeträge über 2000 M. bei der Bildung der Wählerabtheilungen nicht angerechnet werden sollen, im Interesse der nationalliberalen Großbürger Rheinlands-Weßfalens gestrichen. Gegen die von uns schon mitgetheilten Angriffe des Pharaos Stumm verteidigte der Ministerpräsident Graf Eulenburg die Regierung. Er sagte u. a.: „Jedenfalls wird Herr von Stumm bestätigen, daß der Rückgang des Rechtsschutzvereins eine Folge der Regierungsmahregeln gewesen ist.“ Auf die vom Selbstherrscher des Saarreviers geübte Kritik weiß der Ministerpräsident nur zu entgegnen, daß die Regierung ja das Koalitionsrecht der fiskalischen Bergarbeiter unterbrückt habe. Aber vergißt Graf Eulenburg denn, daß sein Ohm ein weit besseres und den Pharaonenwünschen Stumm's viel mehr entgegenkommendes Rezept verschrieben hat: Die Flinte schießt, der Säbel haut. Der König Stumm wird erst dann befriedigt sein, wenn der Arbeitstreuz in der Bestimmung gipfelt: „Gegen Ausstände, Lohnbewegungen, Organisationsversuche wird sofort das Standrecht angewendet. Wer räsonnirt, wird fäsilirt.“

Das Zeugnißzwangs-Verfahren ist im Prozeß Komen (Hamburg) gegen den Reichstags-Abgeordneten Genossen Mollenbuh, eingeleitet. Mollenbuh sollte als Zeuge über die Urheberschaft und den Sinn einiger Echo-Kritik vernommen werden, durch welche der Staatsanwalt Komen sich beleidigt erachtete. Mollenbuh ist Mitarbeiter des „Echo“ und ist der Ansicht, daß, solange die bekannten Darlegungen des Herrn Komen über die Stellung sozialdemokratischer Schriftsteller zum Eid nicht offiziell widerrufen sind und solange Herr Komen Staatsanwalt am Hamburger Gericht ist, die Gefahr einer strafgerichtlichen Verfolgung gegen ihn wegen Zeugnisablegung besteht, und hat deshalb Zeugniß abzulegen abgelehnt. Das Amtsgericht Berlin I, vor dem er kommissarisch als Zeuge vernommen werden sollte, hat diese Gründe nicht als berechtigt anerkannt und deshalb eine Strafe von 30 Mark gegen Mollenbuh wegen Zeugnisverweigerung festgesetzt. Beschwerde gegen diesen Beschluß ist eingelegt.

Ein Muster- und Markenschutz-Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Serbien ist dem Bundesrath zugegangen, welches das frühere Abkommen von 1886 ersetzen soll. Es handelt sich um eine Ausgestaltung nach dem Vorbilde der gleichen Verträge mit Oesterreich-Ungarn und Italien. Der Erfindungsschutz ist einstweilen noch nicht in das Uebereinkommen einbezogen, da ein solcher in Serbien noch nicht besteht. Doch soll, sobald die serbische Regierung diese Lücke in ihrer Gesetzgebung ausgefüllt hat, eine entsprechende Ergänzung erfolgen. Das Uebereinkommen soll am 1. Juli in Kraft treten.

Die Verurtheilung. Nachdem die Landgerichte mit nur einigen Ausnahmen die ihnen vorgelegte Frage wegen

recht haben und auch gerechtfertigt sein, wenn Du bei einer besonderen Herausforderung die Vernunft verlierst. Dies wäre eine Entschuldigung für einen gemeinen Verbrecher vor einem gewöhnlichen Geschworenengericht, nicht aber für eine politische Partei vor der öffentlichen Meinung. Wenn Du Deinem Lande dienen willst, mußt Du es verstehen, Deine leidenschaftlichen Triebe zu zähmen, wenn nicht Niederlage und Elend das Resultat Deiner Thätigkeit sein sollen.“

„Niederlage und Elend!“ rief Andrej aus. „Bist Du dessen sicher? Moskau wurde durch eine Pfenningkerze in Brand gesteckt. Wir haben in das Herz von Rußland einen viel größeren Feuerbrand gestoßen. Niemand kann die Zukunft voraussagen, oder für das, was sie birgt, die Verantwortung tragen. Wir thun augenblicklich unser Bestes; wir haben ein Beispiel mannhafter Empörung gegeben, was bei einem unterjochten Volke nie verloren ist. Mit Deiner Erlaubniß will ich sagen, daß wir Rußland die Selbstachtung wiedergegeben und die Ehre des russischen Namens gerettet haben, so daß er nicht mehr gleichbedeutend mit Sklave ist.“

„Gut, indem man zeigt, daß man nur dieser kleinen Angriffe gegen Individuen fähig ist? Besteht das darin?“

„Und wessen Schuld ist es?“ erwiderte Andrej, bei Repin's fallendem Tone Feuer fangend. „Nicht unser, sondern Euer ist die Schuld. Es ist die Schuld jenes Theiles des großen liberalen Rußlands, welches sich vom Kampfe um die Freiheit fern hält, während wir, Euer eigenen Kinder, zu Tausenden, Jahr für Jahr kämpfen und zu Grunde gehen!“

Andrej spielte durchaus nicht auf Repin an, der eher eine Ausnahme von der Regel war. Aus dem einen oder anderen Grunde empfand Repin aber den Vorwurf sehr stark. Er beobachtete einige Zeit Stillschweigen und als er wieder sprach, waren Ton und Benehmen verändert.

(Fortsetzung folgt.)

Einführung der Berufung gegen Entscheidungen der Strafkammern an die Oberlandesgerichte bejahend begutachtet haben, wird der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung berichtet, daß bei den letzteren zur Zeit Erhebungen darüber gepflogen werden, welchen Umfang eine derartige Reorganisation in bezug auf neue Richterstellen und den Kostenpunkt erlangen würde. —

Etwas vom preussischen Schulmeister. Lehrerzeitungen widmen einem im Alter von 90 Jahren gestorbenen Lehrerveteranen J. Peters in Sobrowitz (Westpreußen) Nachrufe, die ein helles Licht auf die Kulturarbeit des borussischen Militärstaates werfen. J. Peters erhielt, als er im Jahre 1879 nach 56jähriger Dienstzeit als Lehrer und Organist pensioniert wurde, einen Ruhegehalt von 372 M. Da diese Summe nicht ausreichte, um mit seiner Frau und einer Enkelin davon zu leben, mußte der Greis zu Hacke und Spaten greifen und als Forstarbeiter das zum Lebensunterhalt Nötigste im Schwitze seines Angesichts hinzu verdienen. Die Angelegenheit hat seinerzeit auch das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigt. Zulezt bezog der Greis 600 M. Pension. Die Offiziere, welche an der „Majorbede“ oder etwas später scheitern, erhalten mit dem bekannten blauen Brief, der ihnen eine hohe Pension sichert, die Aussicht auf reiche Einkünfte, z. B. auf Lotteriekollektorstellen. Sind sie eifrige Fürsprecher der Pläne unserer Regierung, dann wird der Greis stets ihr Lohn. So ist dieser Tage dem Oberstleutnant a. D. C. Neckerus, dem Begründer des „Patriotischen Vereins“, eines ausdrücklich zur Agitation für die Militärvorlage gestifteten Gumburg-Vereins, in Frankfurt a. M. und einer besonderen Zeitschrift zu Gunsten der Militärvorlage, eine einträgliche Lotteriekollektorstelle verliehen worden. —

Vom festen Thurm. Im „Bayerischen Vaterland“ liest man: Herr von Vollmar hatte am Sonntag bei der Versammlung in Tegernsee (dem lieblichen Secort in den bayerischen Alpen) einen vollständigen und glänzenden Erfolg. Mindestens 500 nach den Neuesten, 800 Bauern nach der „M. Post“, bis von 3—4 Stunden her waren zur Versammlung gekommen, welche die im oberbayerischen Dialekt populär gegebenen Ausführungen des berühmten Führers der bayerischen Sozialisten mit lautem Beifall und Zurufen: Recht hast! Bravo! und schließlich mit einem dröhnenden Hoch Vollmar! begleiteten. Er sprach in zweistündiger Rede über das Thema: „Woran leidet das Volk und wie kann ihm geholfen werden?“ Redner ging dem Zentrum, das alles bewilligt, was die Regierung wolle, unbarmherzig zu Leibe. Das Zentrum habe auf Befehl des Papstes, den die weltlichen Sachen gar nichts angehen (stürmisches Bravo! der Bauern) das Septennat angenommen, indem es sich der Abstimmung enthielt, obgleich es gewählt war, nein zu sagen; es hat die letzte Militärvorlage angenommen, um Caprivi im Amt zu erhalten. Wenn die Regierung nicht schon vorher gemußt hätte, daß das Zentrum wieder umfalle, so hätte sie gar nicht gemagt, mit der jetzigen neuesten Militärvorlage zu kommen. Er habe bayerische Zentrumsabgeordnete gesprochen, die zu ihm gesagt hätten, sie stimmten gern für die Vorlage; aber wenn sie es thun würden, würden sie von den Wählern todtgeschlagen. Man wisse nicht, wie die Sache ausgehe, aber der Duene sitze mit Caprivi zusammen, wie Ihr bei einem Kuhhandel. Redner sprach weiter gegen jede Vergrößerung des Heeres, für Umwandlung des stehenden Heeres in ein wehrfähiges Volksheer, gegen die indirekten Steuern, für Selbstverwaltung der Gemeinden, Uebernahme der Schul-lasten und des Armenwesens auf den Staat etc. Den Bauern könne nur durch die Bauern und das Volk selbst geholfen werden, im Anschluß an die sozialdemokratische Partei. —

Einen Unterschied zwischen dem Ahlwardt vor Livoli und dem Ahlwardt nach Livoli erdichtet die „Kreuzzeitung“, da der Junkerstypus der ehemalige Günstling und Erwählter von Arnswalde sehr unangenehm geworden ist. Aber Ahlwardt war derselbe damals wie heute. Die Livoliritter weichen auch nur darum von dem Praven zurück, weil er als edles und rechtes Schredenskind zu schnell abgehauert hat. Aber die „Edelsten und Besten“ sind zu der gleichen Solidarität für den Ahlwardt verstrickt, wie die Bourgeoisie überhaupt. Die Kapitalistenklasse muß ihre Ahlwardts haben. —

Der „wildliberale“, „Bauern“-Abgeordnete Wigger, ein geschwätzigter Wirtkopf, der die Kunst besitzt, seine Hörer todtzureden, hat es versucht, sich an die Nationalliberalen heranzuschlingeln, da er für die Neuwahlen Hilfe braucht, und seine bisherigen Wähler ihm größtentheils die Heeresfolge versagen. Aber sogar dem schwindelhaften Nationalliberalismus ist dieser Zug unwillkommen. Die nationalliberale „Jenaische Zeitung“, die in Wigger's Wahlkreise (3. Weimar) erscheint, führt aus, während Wigger jetzt vorgebe, in vielen der wichtigsten Fragen mit den Nationalliberalen übereinzustimmen, sei er gegen die nationalliberale Partei aufgetreten und habe dieselbe in unqualifizierbarer Weise bekämpft. „Er hat es allerdings bald darauf fertig gebracht, Fühlung mit dieser Partei zu suchen, ist aber selbstverständlich zurückgewiesen worden und wird auch mit künftigen Annäherungsversuchen zurückgewiesen werden. Zwischen Herrn Wigger und der nationalliberalen Partei giebt es keine Gemeinschaft.“ Herr Wigger, so schreibt die „Jenaische Zeitung“, werde von allen Parteien und ebenso von dem Bunde der Landwirthe abgelehnt. Der Renommirbauer Wigger wird voraussichtlich fortan seinen Kohl in Windisch-Holzhausen, seinem Stammsitze, bauen können, ohne durch Reichstags-Geschäfte daran verhindert zu sein. —

In der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 121 Abendblatt vom 2. Mai liest man: „Man wird sich darauf gefast machen müssen, demnächst den „Sanktimmer“ zu parlamentarischen Ehren kommen zu sehen. In seinem Reichstags-Abgeordnetenamt wird er die Sozialdemokraten werde auf ihre nächsten Angriffe gegen die antisemitischen Apokalypse — Ohrfeigen geantwortet werden; auch auf die Reichstags-Abgeordnetenversammlung vor versammeltem Reichstage wird verwiesen. Wie leicht ist bis dahin als Vertreter für Dortmund und der alte Lölde mit seinem historischen „Knüttel“ zur Stelle. Der Beruf der Präsidentenglocke kann dann durch das „mortuus plango“ (die Todten beklage ich) erweitert werden.“ Auf die Ungezogenheiten des Bödel reagiren wir nicht. Es hiesse, diesem Nondything zu viel Ehre anthun. Daß aber das „vornehme“ Organ der „bürgerlichen Demokratie“ in diesem

Herbe laut, wie das reaktionäre Zeitungsgesinde und mit der Länge als Süge gebrandmarkten Geschichte des „historischen Knüttels“ haften geht, ist der Beachtung werth. Die Stern Siebengeheide's der „Frankfurter Zeitung“, die, irren wir nicht, damals in Berlin um die Fahne des wackeren Guido Weiß sich sammelten, kennen den Sachverhalt doch sicherlich aus erster Hand, sie wissen, daß in jener berufenen Versammlung Lölde den Vorschlag übernahmen mußte, und da die Präsidentenglocke nicht mehr zur Stelle war, sich statt dessen seines Stodes bediente. Wer den formstärkeren und ruhigen Lölde auch nur einmal hat sprechen hören, weiß, daß der tapferere Alter zwar ein schneidiger Parteimann, aber nichts weniger als ein Handlanger ist. So gerne die „Frankfurter Zeitung“ jetzt „alle Kamellen“ dieser Art aufnimmt, so züchtig verschämt gebärdet sie sich gegenüber den in neuester Zeit aufgedeckten partien honteuses unserer Politikanten. Mit keinem Sterbenswörtchen hat sie bis zum heutigen Tage den Fall Dr. Schumann, diesen wichtigen Beitrag zur Geschichte der preussisch-deutschen politischen Polizei, erwähnt. —

Die Reichseinnahmen. Für die Zeit vom 1. April 1893 bis zum Schlusse des Monats März 1893 sind von Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Steuern und gemeinschaftlichen Verbrauchsteuern sowie von anderen Einnahmen im Deutschen Reich zur Anschreibung gelangt:

Stille 375 923 195 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres — 28 490 739 M.), Tabaksteuer 11 740 336 M. (+ 451 581 M.), Zuckermaterialsteuer 57 121 811 M. (+ 63 638 343 M.), Verbrauchsabgabe von Zucker 73 188 128 M. (+ 17 645 495 M.), Salzsteuer 48 114 277 M. (+ 117 020 M.), Maischöftich- und Branntwein-Materialsteuer 22 089 913 M. (+ 1 002 857 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 113 471 992 M. (+ 2 494 553 M.), Brausesteuer 25 328 655 M. (+ 47 961 M.), Uebergangsabgabe von Bier 3 560 513 M. (+ 178 379 M.); Summe 611 295 158 M. (+ 75 494 698 M.) — Spielartenstempel 1 363 265 M. (+ 40 077 M.), Wechselstempelsteuer 7 915 609 M. (+ 259 983 M.), Stempelsteuer für a. Wertpapiere 3 642 581 M. (+ 942 434 M.), b. Kauf- und sonstige Anschaffungs-geschäfte 9 305 944 M. (+ 1 718 982 M.), c. Loose zu Privatlotterien 1 768 564 M. (+ 803 650 M.), Staatslotterien 6 768 219 M. (+ 169 215 M.). Die zur Reichskasse gelangte Z. S. Einnahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende März 1893: Zölle 558 445 650 M. (+ 18 234 489 M.), Tabaksteuer 11 384 662 M. (+ 176 047 M.), Zuckermaterialsteuer 13 338 209 M. (+ 8 419 357 M.), Verbrauchsabgabe von Zucker 62 268 607 M. (+ 2 966 734 M.), Salzsteuer 42 474 258 M. (+ 140 268 M.), Maischöftich- und Branntwein-Materialsteuer 18 771 895 M. (+ 500 873 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 96 110 987 M. (+ 3 888 366 M.), Brausesteuer und Uebergangsabgabe von Bier 21 549 443 M. (+ 111 964 M.); Summe 617 323 711 M. (+ 21 974 210 M.) — Spielartenstempel 1 366 922 M. (+ 61 590 M.) —

Ein Achtstunden-Gesetz für Bergleute wird heute im englischen Unterhause erörtert werden. Die Vorlage ist eingebracht von den Bergarbeiter-Abgeordneten Picard und Woods, von denen der erstere Präsident und der letztere Vizepräsident des Bergarbeiter-Verbandes von Großbritannien ist. Mittragsteller sind Lord Randolph Churchill und Sir Charles Dille. Das Gesetz bestimmt, daß niemand innerhalb eines Tages von 24 Stunden in einem Bergwerke unterirdisch mehr als acht Stunden von der Zeit an beschäftigt werden darf, zu welcher er die Oberfläche des Bodens verlassen, bis zu jener seiner Aufsicht von demselben, wobei Unfälle ausgenommen sind. Wer jemand im Widersprüche mit dieser Anordnung beschäftigt oder zu beschäftigen gestattet, soll einer Strafe im Höchstbetrage von 40 Shilling für jede Uebertretung unterliegen. Die Bill wird voraussichtlich angenommen werden. —

In Ruba greift die aufständische Bewegung um sich, vor allem in den östlichen Provinzen. Wie dem „Herold“ aus Havana depechirt wird, sind die Brüder Sartorius, die Leiter des Aufstandes, nach Milas an der Nordküste ausgebrochen, wo sie mit einer Anzahl Anhänger aus den Vereinigten Staaten zusammenzutreffen hoffen. Truppen bewachen die öffentlichen Gebäude, und Schiffe befinden sich auf der Ansehau nach Flubstier-Booten. —

In Australien herrscht eine Bankkrisis. Der Kapitalismus ist international und führt seine Hergentzungen auch in Australasien auf. Man könnte das Goethe'sche Wort so variiren: „Es ist ein altes Buch zu blättern Vom Hary bis Sydney alles Vettern.“ —

Parlamentarisches.

Der Kompromißantrag Duene lautet: Der Reichstag wolle beschließen: an Stelle des vorgelegten Gesetzesentwurfs dem nachstehenden Gesetzesentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen:

Artikel I.
§ 1. Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gezeiten und Ober-Gezeiten wird für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 479 229 Mann als Jahres-Durchschnittsstärke festgesetzt. An derselben sind die Bundesstaaten mit eigener Militärverwaltung nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer beteiligt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. Die Stellen der Unteroffiziere unterliegen in gleicher Weise wie die der Offiziere, Kerale und Beamten der Feststellung durch den Reichshaushalts-Etat. In offenen Unteroffizierstellen dürfen Gemeine nicht verpflegt werden.
§ 2. Vom 1. Oktober 1893 ab werden die Infanterie in 588 Bataillone und 173 Fallschabattillon, die Kavallerie in 465 Eskadronen, die Feldartillerie in 494 Batterien, die Fußartillerie in 37 Bataillone, die Artillerie in 24 Bataillone, die Eisenbahntruppen in 7 Bataillone, der Train in 21 Bataillone formirt.

Artikel II.
Für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März 1899 treten bezüglich der aktiven Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft:

§ 1. Während der Dauer der aktiven Dienstpflicht sind die Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienst bei der Fahne verpflichtet. Im Falle notwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die nach der Bestimmung des ersten Absatzes zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. Eine solche Zurückbehaltung zählt für eine Uebung, in funktionsloser Anwendung des letzten Absatzes des § 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867.
§ 2. Mannschaften, welche nach einer zweijährigen aktiven Dienstzeit entlassen worden sind (§ 1), kann im ersten Jahre nach

ihrer Entlassung die Erlaubnis zur Auswanderung auch in der Zeit, in welcher sie zum aktiven Dienst einberufen sind, verweigert werden. Die Bestimmung des § 60 Ziffer 3 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 findet auf die nach zweijähriger aktiver Dienstpflicht entlassenen Mannschaften keine Anwendung. Auch bedürfen diese Mannschaften keiner militärischen Genehmigung zum Wechsel des Aufenthalts.

§ 3. Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie, welche nach erfüllter aktiver Dienstpflicht zur Landwehr überreten, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre.

§ 4. Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 werden alle früheren gesetzlichen Bestimmungen, welche denen dieses Artikels entgegenstehen, insbesondere die bezüglich den Bestimmungen des § 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867, der Ziffern 3 und 4 des § 60 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874, sowie des § 2 des Gesetzes, betreffend Änderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888 außer Kraft gesetzt.

Artikel III.
Die Bestimmungen des Artikels II § 1, erster Absatz, finden für diejenigen Mannschaften, welche nach zweijähriger aktiver Dienst hiernach zur Entlassung zu kommen hätten, im ersten Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes keine Anwendung; jedoch zählt eine solche Zurückbehaltung für eine Uebung, desgleichen eine etwaige Einberufung während des angeführten Zeitraums.

Artikel IV.
Die §§ 1 und 2 des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, vom 15. Juli 1890 treten mit dem 1. Oktober 1893 außer Kraft.

Artikel V.
Gegenwärtiges Gesetz kommt in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnisvertrages vom 23. November 1870 (Bundes-Gesetzl. 1871 S. 9) unter III § 5, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21. 25. November 1870 zur Anwendung. —

In dem Berichte der Militärkommission, so schreibt die „Kölnische Volks-Zeitung“, findet sich auf S. 124 eine Zusammenstellung des Gelderfordernisses zur Verzinsung der Reichsschuld von 1876/77—1893/94 und eine Zusammenstellung des Betrages der verzinslichen Bundes- und Reichs-Schulden von 1878—1893/94. Danach beträgt die verzinsliche Schuld pro Etatsjahr 1893/94 1 755 542 400 oder rund 1755 Mill. M. zu deren Verzinsung in demselben Etatsjahr 65 675 000 M. notwendig seien. Diese Zahlen gehen gegenwärtig durch alle Blätter, sind aber trotzdem ohne Zweifel falsch. Jene Zusammenstellungen sind im Bureau des Reichstages gemacht. Woher die Unterlagen genommen sind, ist nicht ersichtlich. Die als Gelderforderniß zur Verzinsung angegebene Summe von 65 675 000 M. deckt sich mit der betreffenden Ziffer im Etat der Reichsschuld auf das Etatsjahr 1893/94. Dagegen deckt sich der als Summe der verzinslichen Schulden des Reiches angegebene Betrag von 1755 Mill. durchaus nicht mit den Angaben in der dem genannten Etat angefügten Denkschrift. Es beträgt nach dieser Denkschrift die Summe

der 4 Prozent. Schuldverschreibungen . . .	450 000 000 M.
der 3 1/2 Proz.	
a) verzinslich am 1./4. und 1./10. . .	71 000 000
b) verzinslich am 2./1. und 1./7. . . .	641 150 500
der 3 Proz. Schuldverschreibungen,	
a) verzinslich am 2./1. und 1./7. . . .	170 000 000
b) verzinslich am 1./4. und 1./10. . .	
veranschlagt per 1. Oktober 1893	602 500 000

1 884 650 500 M.
Die am 11. April aufgenommene neue 3 Prozentige Anleihe von 160 Millionen Mark ist in dieser Summe bereits enthalten. Wie stimmt nun diese Zahl zu der in dem Berichte des Abg. Gröber angegebenen? Will man übrigens ein richtiges Bild sich machen von der finanziellen Lage des Reiches, so muß man obiger Summe noch hinzufügen den „für die bezüglichen einmaligen Ausgaben für 1893/94 im Wege des Kredits zu schaffenden Betrag“, der sich nach der erwähnten Denkschrift beläuft auf 168 153 207 M., sowie den Betrag der ausgegebenen unverzinslichen Reichs-Kassenscheine in Höhe von 120 000 000 M.
Man erhält alsdann 2 122 803 707 M.

oder rund 2 Milliarden 123 Millionen Mark als Summe der Schulden des Deutschen Reiches pro 1893/94. Wie stimmt nun dazu die Angabe in dem Bericht der Kommission? Auch in der „Freisinnigen Zeitung“ ist Anfangs April unter der Ueberschrift „Die zweite Milliarde Reichsschulden“ ein Artikel erschienen, welcher falsche Ziffern enthält, d. h. falsch, wenn die Angaben der erwähnten Denkschrift zum Etat der Reichsschuld pro 1893/94 richtig sind, wie doch wohl anzunehmen ist. Dort ist die Reichsschuld „in diesem Frühjahr“ auf 1997 Millionen Mark berechnet und hinzugefügt: „In Wirklichkeit aber dürfte die zweite Milliarde mit der neuen Reichsanleihe bereits überschritten sein.“ Wie oben nachgewiesen, ist die zweite Milliarde Reichsschulden längst überschritten. Woher nun die verschiedenen falschen Angaben? Deshalb: U. U. u. g. Das heißt: Um Aufklärung wird gebeten.

Parteinachrichten.

Gegen die Militärvorlage wurde in Arnstadt i. Th. eine Protestversammlung abgehalten, in der der Parteigenosse Jooß aus Gotha referirte. Ebenso in Marburg-Kirchhain, wo Reichstags-Abgeordneter Ulrich aus Offenbach das Referat erstattete; die Versammlung zeigte, daß der Antisemitismus im Rückgange ist und wir von der nächsten Wahl einen bedeutenden Stimmenzuwachs zu erwarten haben.

Reichstags-Kandidatur. Die sozialdemokratischen Vertrauenspersonen für den Wahlkreis Bärzbürg stellten den Redakteur der „Unterfränkischen Volkstribüne“, Albrecht Fülle, zum Reichstags-Kandidaten auf. Für den Wahlkreis Schwwege-Schmalldeden ernannte die am 1. Mai in der Genossenschafts-Zigarrenfabrik abgehaltene Versammlung den Parteigenossen Duhn aus Kassel zum Kandidaten.

Von der Agitation. Reichstags-Abgeordneter Weber sprach am Sonnabend in Dortmund für die Wahl Lölde's. Die „Frankf. Zig.“ schreibt darüber: „Solchen Judas zu einer Versammlung hat man hier noch nicht gesehen. Die zum Versammlungsorte führenden Straßen waren schwarz von Menschen. Taufende fanden keinen Einlaß und mußten umkehren. Die Polizei trieb schließlich die Menge auseinander.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— In Grünberg i. Schl. ist gegen Genossen wegen Verbreitung eines Landflugblattes Untersuchung eingeleitet, in dem Verstoße gegen die §§ 111, 130 und 131 des Strafgesetzbuches enthalten sein sollen.

— Der Staatsanwaltschaft hat das gegen den Redakteur der „Neu-tribüne“, Leven in Oera, in Sachen der angeblichen Verleumdung des Godesberger Bürgermeisters ergangene freisprechende Urtheil nicht gefallen. Sie hat Berufung eingelegt und so wird die Angelegenheit noch einmal zur Verhandlung kommen. Offenlich erkennt auch die Berufungsinstanz auf Freisprechung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 3. Mai.
Opernhaus. Bajazet. Die Rebe.
Neues Theater. Vafantafena.
Deutsches Theater. Don Carlos.
Berliner Theater. Viel Lärm um Nichts.
Leffing-Theater. Brave Deut' vom Grund.
Wahner-Theater. Geschlossen.
Froll's Theater. Fröhchen und Pieschen. — Der Trompeter von Säckingen.
Besiden-Theater. Die Sirene. (La Flamboyante.)
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Die schöne Helena.
Thomas-Theater. Gute Zeugnisse. Hierauf: Wenn man im Dunkeln liest.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Der Kampf um den Glauben.
Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Vene.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 32. Male:
Goldlotte.
Gesangspöffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
Couplets theilweise v. G. Görss.
Musik von G. Stoffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Der Sommer-Garten ist geöffnet.

Passage-Panopticum.
Im Theater-Saal:
Neu!
Lebende Bilder.



Castan's Panopticum.
Neu:
Bauern-Aufstand!
Akka - Zwerginnen.
Neue Illusion: Lotoblume.
Andere Illusionen.
Castan's Irrgarten. Schrockenkammer.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Neu! Die lustige Neu!
Schwiegermutter.
Komische Pantomime mit Ballet in 1 Akt.
Ausgeführt v. d. Pantomimen-Gesellschaft **Diovanio**, sowie Auftreten von
12
i. Berlin neuen Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 80 Pf., refervirter Platz 50 Pf.
4127L*
Helmut Peters.

Etablissement Buggenhagen.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Rheinländischer Tunnel
genannt: Die fidele Nagelkiste.
Berlin N, Elsassstrasse 73.
Neu! Neu!
Die Möbel-Polonaise!
oder: 4070L*
Weber hat'n Fieber, an de Lunge, an de Lunge, an de Lunge, an de Lunge!
Vorträge der berühmten Gesangsvereine „Halbe Lunge“ und „Keuchhusten“.
Vorzügliches Lagerbier der „Schöneberger Schlossbrauerei“
à Seidel 10 Pfennige.
H. Schultze (mit'n G.)
(Notiz: Rang uns mang is teener nich mang, der nich mang uns mang jehört.)

Maitrank Flasche 60 Pf., 10 Fl. 5,50 Mk.
Spiritus Liter 82 Pf.
Himbeersaft (ohne Stärkesyrup), 40889* Str. 1,50 Mk.
Franz Beyer,
Chausseest. 103.
Gemittl. Weine zu Engrospreis.
Vereinszimmer, 30-50 Pers., auch als Zahlstelle sehr gut. 37155
Mohe, Raunynstr. 70.
Vereinszimmer auch a. Zahlstelle zu verg. Raunynstr. 14.

Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 x 200, Stück 7,50 Mk.
circa 1000 Stück schwarz buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinennocken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm.
per Stück 4,50 Mk. sonstiger Preis 9 Mk.
Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco. 3783L*
Steppdecken-Fabrik
Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstrasse 158.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Raunynstr. 38, u. d. Oranienplatz
Kinderwagen-Bazar,
Jerusalemstr. 42 u. Braunstr. 6.
Großartig. Auswahl jeder Art, billigste Preise. Viele Anerkennungen. Musterbuch grat. u. franco. (Auch Theilzahlung.) 3691L*

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 3806L*
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Roh-Tabak Sumatra-Deckblatt v. 140 Pf. an, Java-Umblatt u. Einlage v. 60 Pf. an, Caramen-Umblatt u. 100 Pf. an, sowie sämtliche anderen Sorten. 4085L*
G. Elkhuyzen,
Alte Schönhauserstr. 5.

500 Sachsisch-Jaquets à 2,50 Mk.
1000 Regenmäntel in eleg. Ausf. v. 5 Mk. an. 500 Regenmäntel in abnehm. Peler. v. 10 Mk. an. Capes, schwarze Promenaden-Mäntel, ausschließlich Modelle, für die Hälfte der allgemeinen Ladenpreise.
Damenmütel-Bazar
S. E. Leyser & Co., Lelpzigerstr. Nr. 91, I.
27. Marktgrafenstr. 27.
Damenmütel und Jaquets 2,50, 3, 4 Mk. Pelzinen 1, 2, 3 Mk. die elegantesten. 4058L*
Armin Latter.
Neue Kofstr. 3. Zahnarzt **Cohn,** Schmerzlos: Zahnziehen von 1.-Mk. Füllen u. Zahnerfah. **Theilzahlung, Volksklinik.** 3653L*

Verspätet.
Am 1. Mai verschied nach langem Leiden unser Mitglied des Fachvereins der Stuckateure 271/15
Otto Kohn.
Der Vorstand
des Fachvereins der Stuckateure.
Orts-Krankenkasse der Maschinenbau - Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Am Freitag, den 12. Mai d. J., Abends 8 Uhr, findet eine außerordentliche Generalversammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Restaurant **Seefeldt,** Grenadierstr. 33, statt.
Tagesordnung:
Antrag des Vorstandes, betreffend Uebergangsbestimmung für das neue Statut.
Das Mandat legitimirt.
Berlin, den 3. Mai 1893.

Der Vorstand.
37215 **H. Steinfeldt.**
Gleichzeitig geben wir den Mitgliedern nachstehenden Beschluß des Igl. Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg bekannt:
Gemäß Nr. 7 der Anweisung vom 10. Juli 1892 zur Ausführung des Krankenversicherungs-Gesetzes setze ich mit Rücksicht auf den Beschluß des Bezirksausschusses zu Berlin vom 7. Februar d. J. die durchschnittlichen Tagelöhne für die weiblichen Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter zu Berlin und zwar:
1. für erwachsene weibliche Personen auf 1,50 Mk.
2. für jugendliche weibliche Personen auf 1 Mk.
hierdurch fest.
Der Oberpräsident.
(gez.) **Aschenbach,** Staatsminister.
Berlin, den 3. Mai 1893.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe.
H. Steinfeldt.

Sozialdemokr. Arbeiter-Verein für Weissensee.
Die neu errichtete Zahlstelle für den Weissen See befindet sich Gustav-Adolfstr. 142 bei **Hannemann (Flora).** Mitgliederaufnahme, sowie Entgegennahme von Beiträgen jeden Sonnabend Abend durch **Gen. Hüniginger.**
Die Genossen des Weissen werden ersucht, der Organisation beizutreten und für das Gedeihen dieser zu agitiren.
3720b **Der Vorstand.**

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider u. Berufsgen.
Versammlung
am Donnerstag, den 4. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1892.
2. Berichterstattung über endgiltigen Anschluß an die Vereinigung freier Hilfsklassen. 3. Verschiedenes. 276/8
Erkläre **Frau Glensmann** für ehrenhaft. 3719b
Friemann.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. Op
Kinderwagen, größtes Lager, billigste Preise, von 9 Mk. an, auch Theilzahlung.
Oranienstr. 3, im Korbgeschäft. 3704b
Vorkauf-Geschäft sofort für jeden Preis zu verkaufen Sfaltherstraße 36.

Presskohlen
bester Heizkraft pro Tausend 6 Zoll lang 3,80 Mk. Näheres Kottbuser Ufer 30, Platz. 3703b

Pfandleihe Rosenerstr. 35. 3186b*
Nachtigallen schlagend, 6 Mark.
* **Schnelle,** Staligerstr. 182.

Gebr. Bölke
Uhren-Fabrik
Berlin, Mauernstr. 76.
Verkauf aller Arten abgegebener und genau regulirter **Uhren** zu namens **billigen Fabrikpreisen.**
3 Jahre Garantie und Umtausch gestattet. Reich illustriertes Preis-Buch gratis und portofrei. 3945L*
Gold-Damen-Uhren, Rem., 20 Mk.
Nur für Wieder-Verkäufer!

Rauchrequisiten
als Cigarrenspitzen, Cigarettenspitzen, Pfeifen etc. in allen Holzarten, Meerschaum, Bernstein etc., liefert billigst **Gustav Klein jr.,** Heilbrunn a/M. Spezialität: Echtes Weichselwaaren.
Arbeitsmarkt.
Tücht. Silberpolirerin, nur solche, verl. Frau **Göbe,** Alexandrinenstr. 101.

Hasenhaide. Neue Welt. Hasenhaide.
Sonnabend, den 6. Mai 1893:
3. Stiftungsfest
der Freien Vereinig. der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Rierdorf und Umgegend, bestehend in **gr. Vokal- und Instrumental-Konzert,** unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Frisch“ (M. d. U.S.B.), **Vorträge, Theater, Feste und Tanz.**
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Wilh. Liebknecht.**
Zur Aufführung gelangen:
Navahol und die Roth, dargestellt in 7 Bildern vom Verein „Rethorik“.
Die Musik stellt die „Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“.
Nach dem Konzert: **Tanz.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Entree 25 Pf.
Billets sind zu haben in Berlin in den bekannten Lokalen, sowie in der Neuen Welt. — Um zahlreichen Besuch bittet
124/2
Das Comité.

Deutsch. Tischlerverband
(Zahlstelle Berlin).
Am Sonntag, den 7. Mai d. J., Vormittags 10 1/2 Uhr, **Versammlungen:**
Für W. und SW.: **Gabel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.**
Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Erfaltungskrankheiten“.
Für den Norden: **Schwedterstr. 23.** Vortrag des Kollegen **Robert Schmidt** über: „Warum sind die Arbeiter mit ihrer Lage unzufrieden?“
Am Montag, den 8. Mai, Abends 8 1/2 Uhr:
Für den Osten, **Friedrichsberg und Rummelsburg:**
Bei Schneider, Proskauerstraße 36-37. Vortrag des Herrn S. Jöhl über: „Die heutige Naturschauung“.
In allen Versammlungen: Vortrag, Diskussion, Verbandsangelegenheiten, Verschiedenes. 316/2*

Bund der geselligen Arbeitervereine
Berlins und Umgegend. 172/11
Des Pfingstfestes wegen findet die nächste **Bundesversammlung** am Sonntag, den 14. d. M. in den Arminihallen, Kommandantenstraße 20, statt. Anfang um 10 Uhr.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag von **Dr. Finu.** 2. Aufnahme neuer Vereine. 3. Bundesangelegenheiten und Fragelasten.

Conditoren, Pfefferkuchler und verwandte Berufsgenossen. (Lokalverein Berlin.)
Donnerstag, den 4. Mai 1893, Abends 8 Uhr, in **Philipp's Lokal, Rosenthalerstr. 38.**
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Sozialismus und Antisemitismus. Referent: Herr Reichstags-Abgeordneter **Molkenbühr.** 2. Diskussion. 3. Bericht der Agitations-Kommission. 4. Neuwahl der Agitations-Kommission. 5. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt. Um zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer,
96/7 **Albert Haase,** Schulzendorferstr. 4.

Sattler.
Sonnabend, 6. Mai, in **Schmiedel's Festsaal, Alte Jakobstr. 32:**
XII. Stiftungs-Fest,
des Vereins der **Sattler und Fachgenossen,** verbunden mit **Konzert, Theater und Tanz.**
Anfang des Konzerts Abends 8 1/2 Uhr.
Billets für Herren à 50 Pf., Damen 30 Pf. (inkl. Tanz und Theater) sind zu haben bei **G. Ahmann, Admiralsstr. 15, v. 2 Tr., D. Marske, Staligerstr. 14a, R. Schwarzer, Vorfiglstr. 3a, H. 4 Tr., M. Fischer, Sottumstr. 21, v. 3 Tr., A. Schulz, Dennewitzstr. 14.**
Hierzu ladet ein
Der Vorstand.
Die nächste Versammlung findet am 9. Mai, Abends 9 Uhr, im **Restaur. Holzmarktstr. 3, bei Deter,** statt. 262/2

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Senthstraße 2.
Soeben erschien: 401/6*
Heft 42
der
Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungs- und Kolporteurs entgegen.

1. **Berliner Musikalien-Verband Berlin C.,** Bischofstr. 23, versendet die neuesten und beliebtesten Musikalien aller Art für Klavier, Gesang und Violine. Kouplets, Walzerlieder u. s. w. Stück 40 Pf. (10 Stück 2 Mk. 50 Pf.). Man verlange Katalog (gratis und franco). 210M
Güther Langensalza'er Kantabaf
von **Gebrüder Adler.**
31062
Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend.
Cigarren-Engros-Lager in den Preislagen von 25.- bis 100.-
Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.
Anhalt, Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob.: jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzreinigung von blankgetragenen Kammmarn-Garderoben. 3716L*

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 104.

Donnerstag, den 4. Mai 1893.

10. Jahrg.

Die Maifeier.

Ueber den Verlauf der Feier in Deutschland wird uns weiter gemeldet:

Die polnischen Parteigenossen Berlins hielten am 1. Mai eine Versammlung und eine gefällige Unterhaltung ab. Festredner war Morawski.

Die Maschinisten und Heizer von Berlin und Umgegend begingen die Maifeier am Sonntag durch eine Versammlung, an der auch viele Frauen teilnahmen. Die Festrede hielt Dr. Lütgenau. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet mit allen gesetzlichen Mitteln für die Einführung des Achtstundentages zu wirken. Jedoch ist sie der Meinung, daß die endgültige Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus nur durch den Sozialismus möglich ist.“ Ein hierauf folgendes Langkränzchen hielt die Teilnehmer noch lange in feierlicher Stimmung beisammen.

In einer öffentlichen Völkcher-Versammlung, die am Abend des 1. Mai in Berlin tagte, hielt Herr Joch einen der Bedeutung des Tages entsprechenden Vortrag, nach dessen Beendigung folgende von Müller eingebrachte Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung erhebt aus den Ausführungen des Referenten, daß das Kapital den Arbeiter ohne Unterschied der Religion ausbeutet. Sie erachtet es für notwendig, daß die Arbeiterschaft gegen die immer fühlbarer werdenden Übergriffe des Kapitals Stellung nimmt und verpflichtet sich daher als nächstes Ziel den Achtstundentag zu erstreben. Auch verspricht die Versammlung in Zukunft den 1. Mai als Feiertag hochzuhalten.“ Nachdem noch zum Anschluß an die Organisation aufgefordert worden war, schloß der Vorsitzende H. Winter die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. Ein frühliches Langkränzchen bildete den Beschluß des Abends.

Die Steinseher und Berufsge nossen Berlins waren am Abend des 1. Mai bei Hensel zahlreich mit ihren Frauen versammelt. Unter rauschendem Beifall sprach Herr Pinn über die Bedeutung der Maifeier, Gesang, Tanz und entsprechende Vorträge hielten die Teilnehmer bis zum Morgen beisammen.

In Reich wurde der erste Mai durch eine Volksversammlung begangen, welche, wie man uns meldet, an Bedeutung alle bisher dort abgehaltenen Versammlungen übertrifft. Eine entsprechende Festrede wurde von Fräulein Waader gehalten. Die Versammlung beschloß, am Sonntag, den 4. Juli, ein Volksfest zu feiern; die Lokalfrage wurde dem Komitee zur Entscheidung überwiesen. Unter Tanz und Vorträgen blieben die Genossen und die Genossinnen bis zu später Stunde beisammen.

Reichenbach in Schlesien. Am 30. April Fest. 700 Teilnehmer. Die Peterbaldauer Parteigenossen gesellten sich, 300 Mann stark, dazu. Der Zug durch die Stadt war erst verboten, dann erlaubt. Das Tragen von Maifestzeichen im Festzuge war unterlag. Die Witterung war günstig, die Begeisterung groß. Bunzlau. 450 Festbesucher am 30. April, 200 Versammlungsteilnehmer am 1. Mai. Strehlen i. Schl. 500 Teilnehmer an der Vorfeier (30. April). Goldberg. 250 Versammlungsteilnehmer. Hege Diskussion, auch Segner waren anwesend. Brillianter Verlauf. Ohlau. 150 Versammlungsteilnehmer. Landes hat in Schl. 200 Festteilnehmer. Ansprachen durften nicht gehalten werden. Man haß sich durch deklamatorische Vorträge und Gesänge. Die Feier war äußerst gemächlich. Gagenau. 30. April Vorfeier. 800 Teilnehmer. Am Vormittag des 1. Mai Handschuhmacher-Versammlung von 85 Personen besucht. Nachmittags Ausflug nach Steinbors und Verkündigung der „Volksmacht“; große Beteiligung. Abends Volksversammlung, in welcher Hennig aus Breslau vor 300 Personen sprach.

Posen. Hier hatte die Bourgeoisie es mit ihrer „Würde“ vereinbar gehalten, uns das zur Maifeier in Anwesenheit von Zeugen und mit 5 R. Draufgeld gemietete Lokal Hotel de Saxe abzutreten. Als der Referent Morawski aus Berlin und die Arbeitermassen das Lokal betreten wollten, fanden sie an den Türen große Plakate, auf denen gebrüllt stand: „Für heute bleibt mein Lokal geschlossen.“ Alles Klopfen und Klingeln blieb unbeantwortet. Dafür suchten die Polizisten die auf der Straße harrende Menge auseinander zu treiben, was aber vergebliche Mühe war. Um 4 Uhr forderte Morawski von den Stufen des Hotels herab die Menschenmassen auf, mit ihm nach dem Vorort Jersik, in das Steuer'sche Gartenlokal, zu gehen, und nun setzten sich die Massen in Bewegung. Im Zuge ging es durch die Breslauer- und Martinstraße nach dem Berliner Thor auf die Jersiker Chauffee. Als man in Jersik ankam, untersagte der, wie es heißt, durch die Polizei eingeschleichte Wirth das Betreten seines Lokals. Man leistete Folge und zog nun ins Dorf Jersik in ein anderes Lokal, wo Mast gemacht und so lange bei Gesang, Deklamationen und dem Studium der Maifeitzeitung verweilt wurde, bis das Bier alle war. Dann ging man nach Urbanowo in ein Gartenlokal, wo die Feier ihr Ende fand. Alle Teilnehmer waren sich darüber einig, daß derartige Chikanen, mit denen jetzt die Posener Arbeiter überschüttet werden, sich die Bourgeoisie nicht mehr lange wird erlauben dürfen.

Im Kreise Radow-Gröfenhagen in Pommern wurde die Maifeier wie folgt begangen: Grabow a. O. Volksversammlung, Referent A. Krösten aus Berlin, 1000 Besucher; Tredow desgleichen, Referent Storch aus Stettin, 800 Besucher; Tredow (Fischerdorf) desgleichen, Referent A. Krösten aus Berlin, 200 Besucher. In die Versammlungen schloß sich überall ein Vergnügen an. — Kammin. Die Volksversammlung war wäpfig besucht; trotzdem blieb die Stimmung vortrefflich.

Danzig in Westpreußen. Stark besuchte Versammlung in einem großen Saale der Vorstadt Schidlitz. Festredner Jochem. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, worin sich die Versammlung mit dem Referenten einverstanden erklärt und das Versprechen abgab, für die Forderungen des Proletariats eintreten zu wollen.

Hamburg. Im 1. Wahlkreis fanden zwei sehr gut besuchte Versammlungen statt. In der Versammlung im Englischen Livoli wurden die gepanteten Gesangsvoorträge nicht gestattet. 3. Wahlkreis. Die Versammlung für Uhlendorff, die am 1. Mai auf dem Mühlenkamp stattfand, war von 600—700 Personen besucht. Referent war Lorenz. Eine der Maifeier entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Uetersen in Schleswig-Holstein. 350 Versammlungsteilnehmer. Neben Schlers aus Hamburg. Schleswig. Am 1. Mai 500 Versammlungsteilnehmer. Referent A. von Elm. Am 30. April 300 Besucher des Festballs. Alles in größter Ordnung verlaufen. In dem zwei Stunden von Schleswig liegenden Torie Fleskeby wurde am 30. April die erste sozialdemokratische Versammlung abgehalten. A. v. Elm referierte. Der Verlauf war imponant. Oestere Wiederholung sozialdemokratischer Versammlungen wurde auch in diesem Orte vielfach gewünscht. Husum. 150 Versammlungsteilnehmer. Kiensburg. 1500 bis 1800 Personen nahmen die in der Matzeitung vorgeschlagene Resolution einstimmig an.

Sameln in Hannover. 40 Teilnehmer am Kommerz. Nächsten Sonntag Ausflug. Verden. 200 Versammlungsteilnehmer. Hann.-Münden. Hippoldshausen und Biershausen hielten die Maifeier am 30. April im Freien ab. Die Zahl der Teilnehmer betrug ungefähr 250. Alles verlief bestens. Neizen. 120 Versammlungsteilnehmer; die Festrede hielt Niehoff aus Hannover.

Aus Bremerhaven wird über den 1. Mai berichtet: Seit Mittag war eine so vortreffliche Stimmung in der Stadt, wie selbst unsere Optimisten in der Partei sie sich wohl nicht hätten träumen lassen. Diese Stimmung steigerte sich noch des Abends, nachdem die Fabriken und Werkstätten ihre Thore geschlossen hatten. Um 8 Uhr begann der Festzug, der von der Behörde genehmigt worden war, da man hier nicht, wie in den unmittelbar angrenzenden preussischen Städten Lehe und Geestmünde, befürchtet, daß die Ruhe und Ordnung „gestört“ werden könnte. Man wünschte nur, daß die Musik nicht so oft die „Marzellaise“ und das Lied „Zu Mantua in Bänden“ spielen möge. Warum in den „höheren“ Kreisen das letztere Lied verpönt ist, ist uns unbegreiflich. Aber ebenso unbegreiflich ist es uns, woher die Organe der Polizei das Recht hernahmen, nachdem der Zug, an welchem sich 3800 bis 4000 Proletarier beteiligten, in Bewegung gesetzt hatte, den Musikschören das Spielen der Marzellaise zu verbieten. Auch die Frauen beteiligten sich zahlreich am Umzuge. Die Räume des Kolloseums, eins der größten Lokale der Stadt, erwies sich als unzulänglich, denn viele mußten wieder umkehren. Schmalfeld hielt eine zündende Rede, welche mit begeistertem Jubel aufgenommen wurde. Im ganzen gestaltete sich das Fest zu einem des Tages vollkommen würdigen; kurz, wir sind damit zufrieden.

Detmold. Hier wurde die Maifeier zum ersten Male begangen. 80 Parteigenossen waren anwesend. Nächsten Sonntag schloßen sich die hiesigen Genossen der Maifeier in Lemgo an.

Delmenhorst in Oldenburg. 200 Teilnehmer. Heise hielt die Festrede. Vant. Wilhelmshaven. Vorfeier am Sonntagabend in Heppens, 400 Teilnehmer, Feier am 1. Mai in Vant, 1200 Besucher.

Gagen in Westfalen. 300 Festteilnehmer. Ref. Karl Haberland aus Warmen. Dieser berührte in seiner Rede auch die Zukunftsstaats-Debatte und erntete für seine Kritik der gegnerischen Ausführungen großen Beifall — wohlgerichtet, im Wahlkreise Gagen Richter's, des großen „Bernichters“ der Sozialdemokratie. Herford. 400 Festteilnehmer. Achtstunden-Resolution einstimmig angenommen.

Hädeswagen (Rheinland). 100 Festbesucher. Remscheid. 500 Volksversammlungsteilnehmer. Saal zu einer zweiten Volksversammlung in letzter Stunde abgetrieben. Sonntag großer Ausflug als Nachfeier. Barmen. 1000 Versammlungsteilnehmer. Referent Emil Müller aus Eberfeld. Kais. 250 Versammlungsteilnehmer. Referent Hofrichter. Solingen. 300 Versammlungsteilnehmer. Referent Wilde. Wald bei Solingen. 300 Versammlungsteilnehmer. Kreuznach. Bei der Feier am 30. April. 120 Teilnehmer. Festredner Hengsbach aus Köln. Bonn. 500 Versammlungsteilnehmer. Referent war Hengsbach aus Köln. Infolge des von Zentrumsagitatoren verursachten Lärms wurde die Versammlung kurz vor Schluß aufgelöst. Abgesehen davon verlief Alles in zufriedenstellendster Weise. Greifeld. 6—700 Versammlungsteilnehmer. Referent Langhans. Burscheid. 500 Festteilnehmer, Reichstags-Abgeordneter Schumacher hielt unter rauschendem Beifall die Ansprache. Essen. Trozdem hier am 1. Mai die Kirmes und der Wohnungswechsel stattfanden, war die Volksversammlung doch von 400 Personen besucht. Aachen. Jirka 500 Versammlungsteilnehmer, d. h. so viel, wie überhaupt das Lokal fassen konnte. Neben einer Resolution, in der das Einverständnis mit den Pariser Beschlüssen ausgedrückt ist, wurde an die Parteigenossen in dem Wachen zunächst gelegenen belgischen Ort Derviers folgende Sympathie-Erklärung einstimmig gefaßt: „Die Sozialdemokraten Aachens, zur 1. Mai-Manifestation zahlreich versammelt, senden den belgischen Genossen ihren Brudergruß mit der Versicherung ihrer internationalen Solidarität. Ingleich benutzen sie diese Gelegenheit, dem belgischen Proletariat ihre besten Glückwünsche zum Kampfe für das allgemeine Wahlrecht zu übermitteln, mit der festen Zuversicht, daß das belgische Volk anstark wird, bis auch der vollständige Sieg errungen ist.“ München-Gladbach. 300 Festteilnehmer bei der Feier am 30. April. Am 1. Mai fand eine Versammlung des Volksvereins statt, in welcher Huth aus Solingen unter reichem Beifall referierte. Einstimmig wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Versammlung des sozialdemokratischen Volksvereins M.-Gladbach erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden; sie erklärt ferner: 1. Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung, welche einerseits die größte Armut erzeugt und andererseits der bestehenden Klasse die größten Reichthümer bringt, muß beseitigt werden. 2. Der heutige Militarismus ist kulturfeindlich, da er die Errungenschaft der ehelichen Arbeit vergeudet. 3. Die überlange Arbeitszeit, unter welcher heute alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung schmachten und wodurch Tausende von Menschen zu Grunde gerichtet werden, ist jedem Natur- und Menschenrecht zuwider, und darum fordert die Versammlung: a) die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages, und erwartet b) von der Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten im Deutschen Reichstage, daß sie mit aller Energie für diese Forderung eintreten wird. Hoch lebe die internationale Sozialdemokratie!“

Ronsdorf. Troz des hier am 1. Mai vor sich gehenden Wohnungswechsels betrug die Zahl der Festteilnehmer zirka 1000. Veranlaßt war die Feier von der Organisation der Textilarbeiter. Sämtliche größere Fabriken hatten den Betrieb eingestellt.

Halberstadt (Provinz Sachsen). Troz des ungünstigen Wetters war die Versammlung von weit über 1000 Personen besucht. 2—3 Stunden weit waren die Leute in Schaaeren herbeigekommen. Das Referat hielt Dahlen. Schon am Nachmittage des 1. Mai hatten sich viele feiernde Arbeiter im Parteilokal eingefunden. Nischersleben. 200 Versammlungsteilnehmer. Volksfest am 7. Mai. Quedlinburg. Ausflug 100—120 Teilnehmer, Abendversammlung 350. Festredner Reichstags-Abgeordneter Heine. Die Segner verbreiteten große Quantitäten Schriften gegen die Maifeier, trotzdem fiel diese glänzend aus. Sonntag Nachfeier. Hohenmölsen. 300 Festteilnehmer.

Biedrich (Provinz Hessen-Nassau). Vorfeier am 30. April 1500 Personen, Versammlung am 1. Mai 300. Referent Mittelreich aus Mainz. Alles ausgezeichnet verlaufen. Mittelbuchen bei Hanau. Das vom Verein „Arbeiterschütz“ veranstaltete gemüthliche Beisammensein war von 27 Personen besucht. In Gschwege mußte, da kein anderes Lokal zu bekommen war, die Versammlung in der Genossenschafts-Zigarrenfabrik abgehalten werden. 100 Personen waren erschienen. Huhn aus Kassel referierte. Am Sonntag findet ein Ausflug statt. Fulda. Eine gut besuchte Volksversammlung, in welcher Stein aus Hanau sprach, nahm eine Resolution an, in der die sozialdemokratische Fraktion beauftragt wird, im Reichstag immer von neuem wieder den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit zu stellen.

Wolfenbüttele in Braunschweig. 5—600 Versammlungsteilnehmer. Referent Calmer aus Braunschweig.

Kamen in Sachsen. 200 Versammlungsteilnehmer. Kohnstein 250. Zwikan. Kommerz. 1000 Besucher. Das Lokal erwies sich als zu klein. Die Festrede Goldsteins wurde mit begeistertem Jubel aufgenommen. Die Versammlung in dem benachbarten Schemdewitz war von mehreren hundert Personen besucht. Freiberg. Lokal überfüllt. Wolf aus Deuben hielt die Festrede. Glänzender Verlauf. Sonntag Nachfeier in Form eines Ausflugs. Thalheim. Am 30. April Vorfeier, sehr starke Beteiligung. Am 1. Mai Versammlung von 600, nach anderer Angabe von 1000 Personen besucht. Karl Ricemann aus Chemnitz referierte. Schneeberg. 200 Teilnehmer an der Versammlung, die in Freitag's Restaurant abgehalten wurde. Die Segner hatten hier, sowie in Aue und anderen Orten, die Feuerwehrlente zur Uebung einberufen lassen, um diesen die Teilnahme an der Maifeier zu erschweren. Nächsten Sonntag Ausflug nach Lindenau, da hier sämtliche Säle abgetrieben sind. Pirna. 700 Versammlungsteilnehmer, darunter zahlreiche Frauen. Die Rede Fräulein's aus Dresden wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen. Nächsten Sonntag Volksfest. Großenhain. Wegen Lokalabtreibung mußte die Versammlung in einem kleinen Saal abgehalten werden; Zahl der Teilnehmer 200. Sonntag Nachfeier. Dresden-Neustadt. Die Volksversammlungen im Weißen Adler und bei Claus waren von 300 und 150 Personen besucht. Werdau. 400 Festteilnehmer, gegen 100 konnten keinen Zutritt mehr bekommen. Egost aus Zwikan referierte. Die Feier verlief ohne jeden Zwischenfall. Partha. Der Kommerz war von 700 Personen besucht. Der Ort hat nur 4200 Einwohner. Es ist das erste Mal, daß die Maifeier so großartig ausgefallen ist. In fast allen Fabriken hat die Mehrzahl der Arbeiter es nicht gewagt, Programme zu bestellen, da es in jeder Fabrik noch Arbeiter giebt, welche der Feier feindlich gegenüberstehen. Mitweida. Am 30. April Ausflug nach Alt-Mitweida, 500 Teilnehmer; am 1. Mai Fest, 800 Teilnehmer. Glänzender Verlauf des Festes. Wittau. Am 30. April Volksversammlung, 500 Teilnehmer. Referent Albert aus Chemnitz. Außer einer Resolution für den Achtstundentag wurde eine gegen die Militärvorläge einstimmig angenommen. Nachmittags fand ein Ausflug nach Amersdorf bei zahlreicher Teilnahme statt. Döbeln. Am 30. April waren 150, am Kommerz am 1. Mai 3—400 Personen beteiligt. Die Holzarbeiter hielten am 29. April eine Gewerkschaftsversammlung ab, die von 800 Personen besucht war. Sonntag Nachfeier. Limbach bei Neyschau. Hier wurde die Maifeier zum ersten Male begangen, sie fiel imponant aus. Die Zahl der Teilnehmer betrug 100 (bei 1400 Einwohnern). Wittgensdorf bei Chemnitz. Die Maifeier verlief glänzend. 4—500 Teilnehmer. Festredner Sammermann aus Burgstädt. Gölln bei Reichen. Die Versammlung am 1. Mai war von ca. 400 Parteigenossen besucht. Serlowitz bei Dresden. 220—250 Versammlungsteilnehmer. Referent Steinbrück. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Kahlia in Thüringen. 120 Versammlungsteilnehmer am 30. April. Referent Buchwald aus Altenburg. 1. Mai Abends gemüthliches Beisammensein, 40 Teilnehmer. Waltershausen. Am 30. April Ausflug, Abends Konzert und Ball. 400 Teilnehmer. Reichstags-Abgeordneter Bod hielt die Festrede. Ohrdruf bei Gotha. Agitationstour nach 2 Dörfern und Abendunterhaltung. Vor drei Jahren nur 28 Festteilnehmer, diesmal 350—400. Judenbach bei Sonneberg. Am 1. Mai Umzug mit Musik. Abends Hauptfeier, Festredner Kob. Wolfram aus Sonneberg. Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt. Erster und würdiger Verlauf. Zeit. Ausflug am Vormittag des 1. Mai (130 Teilnehmer), Nachmittag gemüthliches Beisammensein (100 Teilnehmer), Abends Hauptfeier (700 Teilnehmer). Festredner Leopoldt. Alles vorzüglich ausgefallen. Pforten bei Gera. Umzug mit Musik durch das Dorf, sodann Konzert und Vorträge. 7—800 Teilnehmer. Hüttensteinach. Die Maifeier des Ortsvereins der Porzellanarbeiter war von 450 Personen besucht. Wehler aus Sonneberg hielt die Festrede. Alles verlief vortrefflich. Raumburg a. S. Am Ausfluge am 1. Mai beteiligten sich gegen 100 Personen. Von der Abendfeier mußte Abstand genommen werden, da sämtliche Lokale abgetrieben worden waren. Jena. 350 Teilnehmer am Kommerz. Festredner A. Schulz. Abends Rothfeuer auf den Bergen. Von den angenommenen Resolutionen lautet die eine: „Die heute am 1. Mai 1893 im Saal-Schlößchen tagende Festversammlung der sozialdemokratischen Partei zu Jena beschließt, den belgischen Kämpfern für Recht und Freiheit für die Ausdauer im Kampfe gegen politische Bevormundung ihre volle Anerkennung auszusprechen und ihnen zu dem errungenen Siege Glück zu wünschen.“ Die Gewerkschaften Jena's hielten am 30. April eine Vorfeier ab. Frankenhäusen. 400 Versammlungsteilnehmer, und zwar nur Männer. Hofmeister aus Halle referierte. Sonntag Nachfeier.

Worms im Großherzogthum Hessen. 3—400 Festteilnehmer. Referent Barm aus Darmstadt. Offenbach. 1500 Versammlungsteilnehmer. Referent Reichstags-Abgeordneter Ulrich. Aus dem Kreise Offenbach ist bis jetzt mitzuthellen, daß in den Orten Wähheim, Lämmerpiel, Bieber, Bürgel, Rumpenheim zahlreiche besuchte Versammlungen stattfanden. Der Geist der Bevölkerung ist ein vorzüglicher, was sich hauptsächlich auch durch den kolossalen Besuch der anlässlich der Maifeier veranstalteten Volksbesichtigungen zeigte. Darmstadt. 800 Versammlungsteilnehmer. Referent Sparr. Bischofsheim. 100 Versammlungsteilnehmer. Naxburg. Die Maifeier wurde am 30. April abgehalten; die Zahl der Teilnehmer belief sich auf über 300.

Heidenheim a. Br. in Württemberg. An der Maifeier am 30. April nahmen gegen 400 Parteigenossen aus fast sämtlichen Orten des Bezirks theil. Neukerst gelungener Verlauf. Rannstatt. 800 Festteilnehmer. Reutlingen im Schwarzwald. Herrlich verlaufene Feier am 30. April. 800 Teilnehmer. Die Festrede Hildendbrand's aus Stuttgart fand lebhaftesten Beifall.

Offenburg in Baden. 250 Versammlungsteilnehmer. Festredner Luy aus Baden-Baden. Sonntag Nachfeier. Heidelberg. 6—800 Festteilnehmer. Referent Dr. Mühl. Große Begeisterung. Durlach. 300 Versammlungsteilnehmer. Sonntag Nachfeier. Baden-Baden. 200—250 Versammlungsteilnehmer. Ref. Adolf Häter. Schöner Verlauf. Pforzheim. 500 Versammlungsteilnehmer. Referent Alfred Agler aus Stuttgart. Sandhofen bei Mannheim. 200 Festteilnehmer. Kufloch bei Heidelberg. 80—100 Teilnehmer. Festredner Jordan.

St. Ludwig im Elsaß. 300 Versammlungsteilnehmer. Festredner Böhle aus Straßburg. In einer Resolution verpflichtete man sich, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln für die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, die nöthige Verwirklichung dieser Forderung zu bewirken.

Aus dem Auslande gingen uns folgende Originalmittheilungen zu.

Corubien (Vorarberg). Am Ausflug nach Schwarzach nahmen 50 Genossen von hier und 30 aus Bregenz teil. Abends sprach in einer Volksversammlung der Parteigenosse Conall. Alles verlief brillant.

Prag. In glänzender Weise feierte das Prager Proletariat den ersten Mai. Ueberall, in allen größeren industriellen Establishments sowie auf allen Bauplätzen und in den Werkstätten des Kleinergewerbes ruhte die Arbeit. Die vormittägige Versammlung der internationalen Sozialistenpartei war von 50 000 Theilnehmern besucht, das Fest am Nachmittage nicht viel schwächer. In der Versammlung referirten Regner und Kravala über das allgemeine Wahlrecht, Stedla und Dedie über den Achtstundentag. Die diesbezüglichen Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Die Mitglieder der „nationalen Sozialistenpartei“, zu deren wochenlang platattirten Versammlung sich nur 16 Leute eingefunden hatten, kamen zu uns mit der Bitte, es möge ihnen „Vertreter“ das Wort gestattet werden. Mit diesem noch großartiger als im Jahre 1890 verlaufenen 1. Mai können wir die Maifester der Arbeit hier als für die Zukunft gesichert ansehen.

Wetzl (Schweiz). Arbeitsruhe von Mittag an. Einige große Fabriken stellten Mittags den Betrieb ein. In einigen mittleren Fabriken wurde vollzählig gearbeitet. Festzug mit Musik und 12 Fahnen, Beistellung 600 Mann. Viele Tausende bildeten Spalir. Offizielle Reden: Deutsch Reimann, Französisch Schwizguel, Englisch Großes Beisall. Die von dem Schweizerischen Zentral-Maifester-Komitee aufgestellte Resolution und Petition wurde von 2000 Würgern angenommen. Dieser Akt fand unter freiem Himmel statt. Derauf gefellige Unterhaltung mit Frauen und Kindern im Stadtpark. Theilnehmerzahl ca. 600. Abends 7 Uhr Zug in die Stadt zum Hause des bisigen Grassilber (Selvetia). Ein Fortschritt der Maifester gegen die drei letzten Jahre kann nicht verzeichnet werden, aber auch kein Rückschritt.

Christiana (Norwegen). Am 5 Uhr Nachmittags setzte sich der Festzug in Bewegung. 39 Fachvereine mit ihren Fahnen beteiligten sich daran. Trotz des schlechten Wetters verlief die Manifestation imposant. Auf dem Tullin-Isletten Platz, innerhalb der Stadt, hielten die Parteigenossen Advoat Ludwig Meyer, Buchdrucker O. Olsen-Verk, Nejesen und andere Ansprachen. Derauf wurde die Marxfeilais gefungen. Abends 8 Uhr war große Festfeier auf Livoli.

Bukarest (Rumänien). Die diesjährige Maifester wurde am 30. April abgehalten. Trotz des sehr unfreundlichen Wetters fanden sich 15 Korporationen mit ihren Fahnen und Emblemen Vormittags 9 Uhr in dem inmitten der Stadt gelegenen Volkspark ein und marschirten, mehr als 2000 Mann stark mit fliegenden Fahnen und mit einem Musikchor an der Spitze, durch die ganze Stadt auf den Festplatz. Nachmittags fanden sich noch viele andere Theilnehmer ein, so daß im Ganzen weit über 3000 Mann anwesend waren. Besonders bemerkt muß werden, daß sich dies Jahr der Verein der Handlungsgehilfen an der Demonstration der organisierten Arbeiter beteiligte. Das Fest verlief in der würdigsten Weise. Wenn es auch bei den hier herrschenden, sonderbaren Verhältnissen noch nicht so leicht sein wird, den 1. Mai selbst zum Tag der Feiere zu bestimmen, so hat die Idee der Maifester unter allen intelligenteren Arbeitern doch schon so festen Fuß gefaßt, daß der internationale Maifester auch hier, als eine für immer festbegründete Institution betrachtet werden kann, die zur Aufklärung und Organisation der Massen mehr beiträgt als auf irgend eine andere Weise zu erreichen möglich wäre.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung vom 3. Mai 1893, 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf v. Caprivi, v. Bötticher, v. Kalkenborn-Stauchen, Dollmann, v. d. Planitz, v. Rathahn, Ritter vom Haag, Graf Hohenthal-Schott u. v. Schottenstein, v. Verchevald.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Die Friedenspräsenzstärke sollte danach vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 492 068 Mann festgesetzt werden; für dieselbe Zeitdauer sollte die zweijährige Dienstzeit für Fußtruppen eingeführt werden. Die Zahl der Unteroffiziere soll ebenso wie die Zahl der Offiziere alljährlich durch den Etat festgesetzt werden. Vom 1. Oktober 1893 sollte die Infanterie in 71 Bataillone, die Kavallerie in 477 Eskadronen, die Feldartillerie in 494 Batterien, die Fußartillerie in 37 Bataillone, die Pioniere in 24 Bataillone, die Eisenbahnsoldaten in 7 Bataillone und der Train in 21 Bataillone formirt werden.

Die Kommission hat die Vorlage abgelehnt. Heute liegen folgende Anträge vor: 1. Die Abgg. Althaus (Ost-) und Genossen beantragen die Friedenspräsenzstärke wie bisher auf 486 968 Mann festzustellen, aber die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen unter Aenderung des Art. 59 der Verfassung einzuführen.

2. Abg. von Quene (Zentrum) beantragt die Friedenspräsenzstärke auf 479 229 Mann festzustellen und vom 1. Oktober 1893 folgende Formationen bestehen zu lassen: Infanterie 538 Bataillone und 178 Halb-Bataillone, Kavallerie 463 Eskadronen, Feldartillerie 494 Batterien, Fußartillerie 37 Bataillone, Pioniere 24 Bataillone, Eisenbahn-Truppen 7 Bataillone und Train 21 Bataillone. Nach der Erklärung bedeutet der Antrag gegenüber der Regierungsvorlage eine Herabminderung der Präsenz um rund 13 800 Mann einschließlich 1095 Unteroffiziere; darunter befindet sich eine Herabminderung der Delonomiehandwerker um 2900 Mann. Ferner findet durch Nichteinsetzung von rund 11 000 Gemeinen für Unteroffiziers-Manquements für die ersten Jahre eine entsprechende Herabminderung statt, welche frühestens im Laufe von 5 Jahren nach und nach verschwinden wird. Die Winkertosten werden auf 9 Millionen Mark geschätzt, für das erste Jahr außerdem noch 4 Millionen Mark.

3. Ein Antrag des Abg. Graf Preysing will die Friedenspräsenzstärke auf 420 031 Mann feststellen.

Der Referent Abg. Gröber (3.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen und schließt seine Ausführungen, die sonst nur Bekanntes enthalten, mit folgenden Worten: Wenn unsere Nachbarn im Westen und Osten hoffen sollten, aus dem Zwiespalt der Parteien in dieser Frage für sich Vortheil zu ziehen, so ist diese Hoffnung gänzlich eitel. Das Ausland wird das deutsche Volk stets geemigt finden, wo es sich darum handelt, das Vaterland zu verteidigen. (Beifall.) Es handelt sich nur darum, ob man das Vaterland besser schützt durch mehr Soldaten und mehr Formationen oder dadurch, daß man die natürlichen Kräfte des Volkes im Frieden schützt und dadurch den Krieg am besten vorbereitet. (Beifall.)

Reichskanzler Graf von Caprivi: Von allen einzelnen Fragen der Militärvorlage hat keine einen so breiten Raum eingenommen, wie die der zweijährigen Dienstzeit. Die Anhänger derselben erkannten die zweijährige Dienstzeit an, waren aber nicht geneigt, die Konsequenzen zu ziehen, unter denen allein die verbündeten Regierungen dieselbe bewilligen konnten. Die Konservativen aber hielten traditionell an der dreijährigen Dienstzeit fest. Ich kann es den Konservativen nicht genug danken, daß sie treu der Regierung zur Seite standen und ihre einzelnen Interessen unterdrückt haben. (Bravo! rechts.) Lachen links.) Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die Wehrraft, sowie sie jetzt liegt, nicht ausreicht. Man entgegnet uns, sie reicht wohl aus, man stellt Berechnungen allerlei Art an. Diese Methode kann keinen oder wenigstens nicht den Erfolg haben, die verbündeten Regierungen zu überzeugen. Es ist überhaupt

nicht möglich, durch irgend welche Art von Exempel festzustellen, was dazu gehört zu siegen. Man wird eben nicht umhin können, die Meinung derjenigen, deren Beruf es ist, sich mit militärischen Dingen zu beschäftigen, ein höheres Gewicht beizulegen, als Leuten, die sich nur hin und wieder damit beschäftigen. Man hat durchblicken lassen, daß wir keine Noth und Nothwehr sind. Als Noth und Nothwehr ihre Kriegsausrüstung betrachten, hatte der erfhene nur den badischen Feldzug, der letztere nur eine Schlacht in Kleinasien hinter sich. Die jetzigen Führer, welche berufen sind, ihre Kraft und Reputation im Falle eines Krieges einzusetzen, können doch auf andere Kriegserfahrungen zurückblicken. Man muß ihnen vertrauen, wenn sie sagen, die jetzige Heeresverfassung Deutschlands reicht nicht aus. Kein einziger Generalstabschef, welcher mit der Vorbereitung der Verteidigung des Vaterlandes betraut ist, ist der Meinung, daß die jetzige Heeresstärke ausreicht. Die verbündeten Regierungen sind wie früher der Meinung, daß es sich um die Zukunft, um die Existenz Deutschlands handelt. (Unruhe links.) Wir würden uns am Deutschland auf das Schwerste veräußern, wenn wir nicht, dem Rathe der Offiziere folgend, diese Vorlage durchzubringen suchen. Wir werden alle uns zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mittel anwenden, um diese Veräußerung der Kräfte herbeizuführen. (Zustimmung rechts.) Wir wollen dadurch den Frieden erhalten. Mein Herr Amtsvorgänger hat so wie ich die Ueberzeugung gehabt, daß die Kräfte verstärkt werden müßten. Ich nehme an, es ist niemand in diesem Hause, der den Fürsten Bismarck nicht für eine diplomatische Autorität hält, wie sie in Jahrhunderten nur selten vorkommt. Es können aber nicht immer Diplomaten ersten Ranges an der Spitze der Geschäfte stehen. Selbst Friedrich des Großen diplomatisches Talent ist es nicht gelungen, zu Zeiten den Krieg zu vermeiden. Werden wir zum Kriege gedrängt, so wollen wir siegen, wir wollen nicht unterliegen; wir wollen die Herren des Schlachtfeldes bleiben. Unter den europäischen Mächten herrscht eine gewisse internationale Konkurrenz in bezug auf die Heeresstärke. Keine Macht kann sich dem entziehen, keine Macht kann abdrücken, wenn man nicht den Grund der Rüstung beseitigt; sonst müßte man sofort wieder von neuem rüsten. Keine Macht kann hinter der Kriegsmacht anderer zurückbleiben. Keine Macht kann dulden, daß die anderen in der Rüstung vorschreiten; denn jedes Stehenbleiben ist ein Zurückgehen auf diesem Gebiete. Es kann auch niemand eine Garantie dafür übernehmen, daß man mit einer gewissen Truppenzahl nicht geschlagen wird. Man sagt, wir haben nicht allein Vertrauen zur Armee, sondern das ganze deutsche Volk fürchtet nur Gott. Schön! Wundervoll! Aber man kann so furchtlos ins Gefecht gehen wie der größte Held der Welt, allein man hat keine Garantie, daß man nicht geschlagen wird, wenn die Waffen und Mannschaft nicht ausreichen. Wie Graf Nolke über die Stärke im Kriege dachte, ist aus seiner Denkschrift in dem Generalstabswerke zu ersehen, die ich bereits in der Kommission vorgelesen habe. Er sagt darin unter anderem, Deutschland kann sich gegen Frankreich allein wehren; wäre es dazu nicht im Stande, dann könnte es nicht mehr bestehen. Wir haben nicht das Betreiben der politischen Offensive, aber wir haben das Bedürfnis in der Lage zu sein, strategisch offensiv sein zu können, d. h. einen Kriegsschauplatz in dem Feindes Land zu verlegen. Wir sind darauf angewiesen, den Krieg schnell zu Ende zu führen. Ob wir heute noch im Stande sind, den Feind abzuwehren, selbst wenn ich nur nach Westen sehe, ich will nicht von zwei Fronten sprechen, das mag dahingestellt sein. Wir haben Grenzen, wie kaum eine andere Nation; man setzt sich über die Schicksale der Grenzlande zu cavalierem hinweg. Wir haben auf dem linken Rheinufer eine nicht abgeschlossene Grenze, an welcher eine große Fesselung liegt. Ungleich unglücklicher liegen unsere Grenzen im Osten. Die Grenze ist durch kein Gebirge, keinen Fluß geschützt. Kann uns das Schicksal dieser Grenzlande gleichgültig sein? Ist es gleichgültig, ob Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien von Russen überschwemmt wird? Ich rufe die Vertreter der Stadt Danzig an! Gedenket sich Danzig noch, was es von der Belagerung auszuhalten hatte an Epidemien, Hungers, Feuers- und Wassermangels. Selbst jetzt noch sind die Erinnerungen in der Pfalz. Die Pfalz mußte 1870 darauf gefaßt sein, der Kriegsschauplatz zu sein. Was ist natürlicher, als daß man gerade da ein lebhaftes Interesse dafür hat, daß die Streitkräfte Deutschlands möglichst verstärkt werden, damit der Kriegsschauplatz offen in die feindlichen Gebiete verlegt werden kann. Ueber die Bewegung in der Pfalz ist in den Zeitungen mit Geföcht hingewiesen worden. Warum haben wir denn Deutschland geschaffen? Um etwa unsere Grenzen preiszugeben oder um ein einzig Volk von Brüdern zu haben und nicht an der Grenze beim ersten Wetterleuchten schuchlos dazustehen? Wenn Etzschingens Kriegsschauplatz werden soll, heißt das die Reichslande für Deutschland gewinnen? Ich glaube, Deutschland will die Reichslande schützen und sie nicht preisgeben. (Beifall rechts.) Von den Gründen, welche für die Militärvorlage vorgebracht sind, ist nicht ein einziger widerlegt worden, man hat vielmehr anerkannt, die Militärvorlage ist ein durchdachtes Werk. Man kam schließlich dazu: Ja, wir geben Euch nicht mehr, seht nur zu, wie Ihr's macht. Zwei Fragen schienen mir Recht geltend gemacht werden zu können: die Unteroffizierfrage und die Frage nach der Zahl der Tauglichen. Die Militärverwaltung kann den Beweis beibringen, daß diese Fragen nicht von Bedeutung sind. Ferner die Deckungsfrage. Man ist bis zu sehr frechen Uebertreibungen gegangen; man hat gemeint, wir würden durch die Einführung der Steuern ein Volk von Bettlern werden. (Heiterkeit.) Das glaube ich nicht. Es ist klar, daß die aufgelegten Steuern drücken, daß niemand gern mehr zahlen will, namentlich wenn sein Abgeordneter ihm vorrechnet, daß es nicht nöthig ist. Aber sicher ist: die heroorragendsten Volkswirtschaftslehre sind der Meinung, daß die Militäraufgaben auf den Kopf der Bevölkerung und überhaupt die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung geringer sind, als bei andern Völkern. Wir halten die vorgeschlagenen Steuern noch jetzt für die besten, wie würden aber, wenn andere vorgeschlagen werden vom Reichstage, darüber in Erwägungen eintreten. Nun wurde der Militarismus, der alte Gaul aus den sechziger Jahren, wieder aus dem Stall hervorgeholt, neu aufgejaukt, und so sah er war, und vorgeritten. Er wurde als kulturfeindlich, als antiparlamentarisch bezeichnet. Die Sozialdemokraten schmückten ihn mit dem Beiwort: Der Moloch! Zur Zeit der Militärreform in Preußen ging das Wort Militarismus einher mit dem Soldatenherr. Wenn Deutschland seine Kulturaufgabe erfüllen soll, muß es doch erst da sein, muß es doch erhalten werden! Jeder Mensch würde es doch vorziehen, Ausgaben für Kunst, Wissenschaft, Schule und Landesmelioration zu machen, das ist selbstverständlich. Aber wo sieht in der Vorlage der Militarismus? Die Vorlage ist auf das mindeste Maß zugeschnitten, es ist keine vermeintliche Ausgabe darin enthalten. Bei allem Bemühen kann ich also diesen Einwand nicht als gerechtfertigt anerkennen. Ich glaube im Gegentheil, daß man an der Armeedes Deutschlands manche gute Seite erkennen kann. Für die Angliederung der neuen Provinzen, für das Zusammenführen Deutschlands ist der Ritz die Armee gewesen. Man beruft sich auf die Volkstimme. Gewiß, es ist Verstimmung in vielen Landestheilen, da man wünscht Verschiedenes anders. Ich will nicht darauf eingehen, wie weit diese Verstimmung eine Folge unserer ganzen modernen Geistesrichtung ist, welche keine Befriedigung aufkommen läßt. Ich gebe auch zu, daß die Verstimmung zunehmen kann, wenn es nicht glückt, der Nation klar zu machen, daß diese Vorlage notwendig ist. Man sagt: Warum aber im jetzigen Augenblicke eine solche Vorlage? Wir können nicht warten, bis wir die Probe vor dem Feinde machen müssen. Oder sollen wir warten, bis das Verlangen nach der Vorlage aus den Wahlkreisen kommt? (Heiterkeit links.) Wenn man auf Stimmungen Rücksicht nimmt, dann liegt es nahe, auch auf die Stimmung Rücksicht zu nehmen, welche im Lande vorhanden sein

wird am ersten Mobilmachungstage. Dann brauchen wir die hergehliche Theilnahme, das entschlossene Eintreten der ganzen Nation. Unser Auftreten wird bedingt von dem Gefühl, welches wir selbst von unserer Stärke dem Feinde gegenüber haben. Die Stimmung wird nur dann eine gute und mutige sein, wenn die Sicherheit vorhanden ist, daß alles gefeiert ist, was gefeiert werden kann. Dann wird es sich nicht um Geldbrosel handeln, sondern auch um Blutopfer, die dann nicht mehr geringer gemacht werden können. Wir werden aber an Blut sparen, wenn zur rechten Zeit die Aenderungen vorgenommen werden, die erforderlich sind, wenn unsere Armee verjüngt wird. Wir dürfen nicht das Gefühl, die Schwächeren zu sein, in der Nation aufkommen lassen. Wenn die Militärvorlage nicht zu Stande käme, würde im Volk und in der Armee etwas von dem Gefühl zurückbleiben, wir sind nicht mehr so stark wie früher. Es wird die Zeit kommen, wo eine volle Patronentasche mehr werth ist, als ein volles Portemonnaie. Zu dieser Zeit soll uns nicht der Vorwurf treffen, daß wir den richtigen Augenblick veräußert haben, die verbündeten Regierungen wollen das Ihrige thun, um das Bewußtsein zu haben, daß sie nichts veräußert haben. Wir wollen nicht, daß das Volk und die Armee eine Einbuße an Selbstgefühl erleidet. Wir würden es schmerzhaft empfinden, wenn die Militärvorlage abgelehnt wird. Handel und Wandel wollen mit Zuversicht darauf rechnen können, daß sie für längere Zeit nicht gestört werden. Wenn die Militärvorlage nicht durchgeht, wird auch für die Landwirtschaft eine Seuchtur eingetretet; bei jedem politischen Wälzen wird man nach dem Wetterglaube laufen, um zu sehen, wo es nicht. Wir würden die zweijährige Dienstzeit nicht einführen können, und den verheiratheten Mann, den Familienvater nicht an die Stelle bringen können, die ihm im Kriegsfalle zukommt. Ein patriotischer Mann, der lange im Auslande gelebt hat, sagt, daß er niemals ein so peinliches Gefühl gehabt habe, als jetzt während der Verhandlungen über die Militärvorlage. Wie wird es in der Presse des Auslandes ausgehen, wenn die Militärvorlage fällt. Noch hält sich diese Presse zurück. Aber was nacher zu lesen sein wird, wird sehr peinlich sein. Man hat Gegenvorschläge gemacht: zunächst die Miliz. Im Reichstage wird sich wohl dafür keine Mehrheit finden. Aber es giebt Richtungen, welche der Miliz vorarbeiten, wie es Parteien giebt, welche der Sozialdemokratie vorarbeiten. Denn wenn man uns zumutet, die zweijährige Dienstzeit ohne Verstärkung der Präsenz anzunehmen, so ist das der erste Schritt auf der Bahn zur Miliz. Der Antrag Althaus wiederholt einen Antrag aus der Kommission; er ist heute den verbündeten Regierungen ebenso unannehmbar, wie er es früher war. Auch der Antrag des Grafen Preysing, der früher Lieber hieß, trägt die Spuren des beginnenden Milizsystems an sich. In seinem Wahlkreise hat Herr Lieber eine Rede gehalten, in welcher er sagte: Mögen auch die Forderungen der Regierung vollkommener berechtigt sein, so ist das Bestehen einer Partei, wie das Centrum, doch noch wichtiger. Vielleicht will Herr Lieber in der Lage sein, mir das Körschen von Patriotismus, welches in dieser Rede enthalten ist, nachzuweisen. (Zustimmung rechts.) Herr Wedel hielt in der Kommission eine Rede über die politische Lage, wie kein Regierungsminister sie besser halten konnte. Ich hoffe, er würde schließen mit der Forderung: Also bewilligen wir die Militärvorlage (Heiterkeit), aber er verlangte eine Herabminderung der Präsenzstärke (Heiterkeit). Der „Vorwärts“ brachte eine Reihe von Artikeln über die Frage: „Kann Europa abdrücken?“ Darin wurde die Jugendberziehung verlangt; Unteroffiziere sollten bei den Schulen angefüllt werden. Und was denkt sich der Verfasser? Er schreibt: Wenn die Unteroffiziere aus der Heimlichkeit der Kaserne und entrückt dem gemeinen Prozeßverfahren an die Öffentlichkeit des Schulhofes kommen, dann wird die rebellische Jugend sie schon mores lehren. Also den Vorgesetzten sollen mores gelehrt werden! Ich begreife das bei den Sozialdemokraten, aber ich bedauere, daß andere ihnen dabei vorarbeiten. Der Antrag von Quene ist dankenswerth, aber ich kann mich darüber noch nicht äußern, denn der Antrag ist den Regierungen nicht früher zugegangen als den Abgeordneten. Es muß erst Rücksicht gehalten werden. Ich zweifle nicht, daß die verbündeten Regierungen die Vorlage vorgehen. Bei den Erwägungen über den Antrag Quene wird auch die Rücksicht auf die Möglichkeit der Neuwahl mitgesprochen. Die Regierungen verkennen den Ernst der Sachlage nicht. Für Preußen und das Reich bin ich zu der Erklärung ermächtigt, daß sie eine annehmbare Lösung der Frage in dem Antrage erblicken. Wir behalten uns vor, wenn doch Neuwahlen kommen sollten, die Konzeptionen wieder zurückzunehmen. Wir treten auf den Boden des Quinquennats, zu welchem wir uns nicht verpflichtet. Wir sind bei der Zustimmung zum Antrag Quene bis an die äußerste Grenze gegangen. Ich bitte, kommen Sie mit uns und bewilligen Sie das, was für die Ehre und Sicherheit Deutschlands und Europas nothwendig ist. (Beifall rechts.)

Kriegsminister v. Kalkenborn: In der Kommission ist den Ausführungen der Militärverwaltung Widerspruch von verschiedenen Seiten entgegengefaßt worden, aber eine Widerlegung haben ihre Gründe nicht gefunden. Die Vorlage bildet ein abgeschlossenes Ganzes, aus welchem einzelne Theile nicht herausgenommen werden können; deshalb mußte die Heeresverwaltung alle einzelnen Theile verteidigen. Die Heeresverwaltung hat auch die Gemuthung gehabt, daß z. B. bezüglich der vierter Bataillone selbst Gegner dieser Einrichtung sich schließlich für dieselben erklärten. Es war eine falsche Auffassung, daß man immer die zweijährige Dienstzeit als die Hauptsache, das übrige nur als den Kaufpreis betrachtete, während gerade die zweijährige Dienstzeit nur ein Mittel zur Vermehrung der Truppen auf dem finanziell günstigsten Wege ist. Bezüglich der Zahl der Tauglichen hat die letzte Aushebung ergeben, daß noch eine große Anzahl von Tauglichen selbst bei Verstärkung der Aushebung übrig bleiben wird. Auch das Manquement von Unteroffizieren wird gedeckt werden können, und wir hoffen, daß dies in noch kürzerer Zeit der Fall sein wird als in den sechziger Jahren. Damit sind die Bedenken wohl widerlegt, welche in der Kommission geltend gemacht sind. Ich möchte das Haus bitten, noch in letzter Stunde seine Zustimmung zu dem Vorschlage zu geben, der das erstrebte Ziel auf die billigste Weise zu erreichen sucht.

Abg. v. Quene (3.): Es war für mich ein ernster und schwerer Entschluß, mit diesem Antrage vor den Reichstag zu treten, weil ich es thun mußte mit der Erkenntniß, daß nur eine kleine Minorität aus den Reihen meiner Freunde sich auf den Boden meines Antrages stellen würde. Wenn ich es trotzdem gethan habe, so war für mich maßgebend die Erwägung der großen vaterländischen Interessen, welche hier auf dem Spiele stehen. Der Referent hat betont, daß der Feind uns nicht uneinig finden würde. Was nützt uns die Einigkeit gegenüber dem Feinde, der Patriotismus mit dem Stocde in der Hand, wenn wir nicht die Wehrhaftigkeit haben, den Feind zurückzuschlagen. (Sehr richtig! rechts.) Bei der ersten Verhandlung theilte ich die Punkte mit, über welche meine politischen Freunde sich damals geeinigt hatten: wir konnten nicht die volle Bewilligung aussprechen, wir wollten bewilligen, was zur Durchführung der Jahr Dienstzeit nothwendig war. Ich war damals bereits der Ansicht, daß wir innerhalb der jetzigen Präsenz nicht die zweijährige Dienstzeit durchführen können. Wenn ich mit dieser Ansicht nicht hervorgetreten bin, so geschah es aus Rücksicht auf meine politischen Freunde. Ich habe damals auch nicht geglaubt, daß ich so weit entgegenkommen müßte, wie es in dem Antrage steht. Aber wenn man die Sache drei Monate lang erwägt und sachlich behandelt, so kann man auf grund sachlicher Erwägungen weiter kommen als auf Grund einer vorher gefaßten Meinung. Wenn man die Blätter liest, sollte man glauben, wir hätten in Deutschland nicht die allgemeine Wehrpflicht, sondern sollten sie erst einführen. Jeder Deutsche ist wehrpflichtig; es kommt bloß darauf an, wie weit will man diese allgemeine Wehrpflicht verwirklichen. Dabei kommen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht und

die finanzielle Lage. Mein Antrag ruft erheblich mehr Beute unter die Fahne als bisher; darin sehe ich keinen Fehler, sondern einen Akt der Ausglicke; der Rückschlag auf die zweijährige Dienstzeit ist auch mit Rücksicht auf die einjährige Dienstzeit ein erheblicher Ausgleich. Die Herabsetzung der Ziffer beruht darauf, daß die Zahl der Oekonomiehändler vermindert ist. Darüber freue ich mich, namentlich auch mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Forderungen der freien Handwerker. Bei der Kavallerie sind alle Etatveränderungen bei Seite gelassen; bei der Artillerie sollen nur Batterien mit 4 Geschützen bewilligt werden. In den offenen Unteroffiziersstellen dürfen Gemeine nicht verpflegt werden. Das bringt eine Verminderung um 11000 Mann für die ersten Jahre. Redner geht dann auf die einzelnen Theile seines Antrages ein, auf die Bestimmungen über die zweijährige Dienstzeit, die Entlassung der Mannschaften nach zweijähriger Dienstzeit, denen im ersten Jahre nach ihrer Entlassung die Erlaubnis zur Auswanderung verweigert werden kann. Die Minderausgaben belaufen sich auf 9 Millionen Mark, wozu in den ersten Jahren noch 4 Millionen treten, die sich allmählig vermindern. Diese Ersparniß sollte man nicht so kurzer Hand zurückweisen. Bei der Regierungsvorlage vermisse ich die sozialpolitischen Rücksichten, auf welche der Reichskanzler sonst immer Werth gelegt hat, es wird namentlich darauf hinzuwirken sein, daß die Bedienung der Wehrkosten so beschafft wird, daß die ärmere Bevölkerung nicht belastet wird. Ich hätte kein Bedenken, dafür Zuschläge zur Einkommensteuer in den Einzelstaaten zu erheben. Aber es wird sich auch in dem Rahmen der Reichskompetenz ein Weg finden lassen, um die Bedienung der Wehrkosten durch Steuern u. s. w. Abgesehen von der Verkürzung der Dienstzeit und der Verjüngung der Armee erkenne ich in der Vorlage eine Verstärkung unserer Armee, eine Ergänzung zur besseren Ausbildung der Soldaten trotz der kürzeren Dienstzeit, die Beschaffung eines Rahmens zur Verbesserung der Robilmachung und die Möglichkeit, den Krieg in Feindesland zu tragen. Ich habe mich getraut, gerade diesen letzten Punkt vom Reichskanzler hervorgehoben zu sehen. Der Reichskanzler mußte die Schäden der Armee öffentlich darlegen, um seine große Forderungen zu begründen. Das ist unangenehm, ist klar, aber der Reichskanzler konnte es thun, weil er hoffte, daß der Reichstag die Vorlage annehmen würde. Ich glaube mich nicht zu täuschen, daß niemand an der Vorlage an sich selber weniger Freude hat, als die Soldaten, denn es werden die Anforderungen an sie sehr stark vermehrt. Wenn einmal die Regierung davon durchdrungen ist, daß eine solche Vorlage zur Sicherung des Vaterlandes notwendig ist, dann hat sie nicht nur das Recht, sondern auch die heilige Pflicht, die Vorlage durchzuführen. Ich sehe den Neuwahlen mit großen Bedenken entgegen; ich fürchte, wir treiben einen offenen Konflikt entgegen. Meine Schulkollegen sind mir zu schwach, um die Verantwortlichkeit für die Herbeiführung eines solchen Konflikts zu tragen. (Zustimmung rechts.) Ich weiß, daß es eine große Anzahl von Herren giebt, deren Schultern stark genug sind; ob ihre Kraft sich erproben wird, wird die Zukunft lehren. Ich will die Verantwortung nicht auf die Regierung abwälzen. Deshalb bitte ich, meine Anträge anzunehmen. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Mantuffel (N.) beantragt die Vertagung der Sitzung; die Anträge des Herrn v. Suene sind erst heute vertheilt worden; die Fraktionen werden sich darüber berathen müssen, zumal der Reichskanzler den Antrag im Namen Preußens als annehmbar bezeichnet hat.

Abg. Richter (Dr.) erkennt diesen Grund nicht als berechtigt an, will aber mit Rücksicht darauf, daß eine große Partei die Vertagung wünscht und mit Rücksicht darauf, daß wegen einer Beerdigungsfestlichkeit (die Beerdigung des Staatssekretärs Hanauer findet um 4 Uhr statt) die Sitzung doch abgebrochen werden soll, dem Antrage nicht widersprechen.

Darauf wird die Vertagung beschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Groeber (Z.): Wenn Freiherr von Suene meinen Patriotismus den Patriotismus mit dem Stocke in der Hand nennt, so hat er meine Ausführungen nicht verfolgt. Von einer Klüftung mit dem Stocke in der Hand habe ich nicht gesprochen. Im Uebrigen hat Herr von Suene gerade durch seine Rede gezeigt, wie dehnbar und veränderlich gerade die militärischen Anschauungen über das Nothwendige und Unvermeidbare sind. (Zustimmung links.)

Abg. v. Suene (persönlich): Allerdings hat Herr Groeber von einem Patriotismus mit dem Stocke in der Hand nicht gesprochen. Ich habe mit diesem Bilde bloß darauf hindeuten wollen, daß, wenn das ganze Volk wehrhaft sein soll, der Patriotismus auch nur wirksam werden könne, wenn er wehrhaft sei. Wenn ich den Abg. Groeber verletzt habe, so bedauere ich das; es hat nicht in meiner Absicht gelegen.

Schluß 2/4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Berathung der Militärvorlage.)

Tokales.

Maßregelungen wegen der Kaiserfeier übte die Firma Wölter in der Hagelsbergerstraße an den bei ihr beschäftigten Tapezieren. Dieselben hatten den Montag Nachmittag zu feiern beschlossen und dies ihrem Prinzipal vorher angezeigt. Doch wolle die Autorität, wenn derartige Verbrechen ungehindert geschehen könnten? „Erlaubniß“ zu feiern gab's nicht, und als die Tapezieren dennoch keine Orde pariren wollten, wurden sie entlassen. Das gleiche Loos traf mehrere Maurergesellen, die in Halensee an den links von der Brücke angeführten Neubauten gearbeitet haben. Hier diktierte der Polier Wolter am Morgen des 2. Mai die Entlassung. Mögen die Arbeiter aus solchen Vorgängen die Lehre ziehen, daß es an ihnen selber liegt, derartigen zu verhindern. Achtung hat das Unternehmertum vor dem Willen des Arbeiters nur, wenn er einer starken Organisation angehört, die ihn ausreichend zu schützen im Stande ist. So lange der Arbeiter aber indifferent bleibt oder über den Streik um die Form der Organisation diese selber vernachlässigt, so lange werden auch die Unternehmer lustig weiter mahregeln.

Erfreulich ist es immerhin, wenn man auch einmal von einem weisen Raben hört. Von Herrn Busse, Uhrengeschäft, Invalidenstraße 157, erfahren wir, daß er anlässlich der Kaiserfeier fortan die neunstündige Arbeitszeit in seiner Werkstätte eingeführt hat und zwar aus eigenem Willen. Eine Schwalbe macht bekanntlich noch keinen Sommer, und ob eines von der Schablone abgewichenen Unternehmers dürfen die Arbeiter nicht vergessen, daß freiwillig das Kapital an die Arbeiter nichts herausdrückt.

„Durch einen unerwarteten Dienstmädchen-Anstand, so berichtet ein bürgerliches Blatt, wurde am 1. Mai der Besitzer eines im Tiergartenviertel belegenen Hotels und Restaurants in peinliche Verlegenheit gebracht. Derselbe hatte sich seit mehreren Tagen die Gunst seiner Dienstmädchen dadurch verschert, daß er sie eine sogenannte „Hausordnung“ unterschreiben ließ, laut welcher für gewisse Vergehen im Dienstmädchenentsprechende Strafen stipuliert waren. Die Dienstmädchen benutzten nun den internationalen Arbeiterfeiertag, um an dem gütigen Prinzipal Rache zu üben: in corpore zogen sie mit Saß und Bad am frühen Morgen aus — „zur Kaiserfeier“, wie sie höhnisch beim Abgehen bemerkten. Der Hotelier mußte an diesem Tage mit wenigen Kellnern den ganzen Dienst schlecht und recht versehen.“

Von einem bürgerlichen Blatt kann man selbstredend nichts anderes erwarten, als daß es eine derartige Affäre mit der üblichen Schwadrigkeit aufpufft. Wer das Dienstmädchen kennt, der weiß, daß vor allem in Hotels und Restaurants die Hausknechte einer wahrhaft unmenschlichen Ausbeutung ausgesetzt sind. Vielleicht, daß man aber das erwähnte Musterstück von einer Hausordnung noch Näheres zu wissen bekommt.

Der Kaufmann Theodor Rose in Adlershof, der im Teltower Kreise für die Sozialdemokratie agitirte, ist seit 1. Mai im Bureau des Amtsvorstehers von Oppen angestellt. Herr von Oppen ist bekanntlich nichts weniger als ein Freund der Sozialdemokratie.

Die moderne liberale Zeitungsmache wird von der „Kreuz-Zeitung“ in einer köstlichen Notiz geißelt, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Das Junferblatt schreibt: „Wenn die beiden jüdischen Zeitungverleger Mosse und Allstein sich in die Haare gerathen, was nicht zu den größten Seltenheiten gehört, so ist das stets ein höchst ergötzliches Schauspiel, da bei solchen Gelegenheiten oft recht interessante Dinge zutage kommen, und die feindlichen Brüder dabei sehr lehrreiche Einblicke in ihre inneren Hergangenheiten gestatten.“ Im Briefkasten des „Berliner Tageblatts“ fand sich kürzlich folgende Erklärung: „Ja, Sie haben recht. Es ist dies derselbe industriöse Papierhändler, der sich des Morgens in der „Berliner Zeitung“ in die Toga des radikalen Cato hüllt und der des Abends in der „Abendpost“ seinen parteilosen Geschäften betriebsam nachgeht. In diesem Geschäftsbetriebe wird man dem Händler mit gewollten Lumpen eine gewisse Ueberzeugungstreue nicht absprechen können.“ — Dies macht sich im Munde des Herrn Mosse ganz besonders schön. Denn dieser Herr benutzt nicht einmal verschiedene seiner Blätter („Berliner Tageblatt“, „Berliner Morgenzeitung“ u. s. w.) um eine ähuliche Vielfähtigkeit der Meinungen zu offenbaren, sondern läßt diese vielmehr z. B. in den Spalten des „Berliner Tageblatts“ ganz unverhüllt in die Erscheinung treten. Im sogenannten politischen Theil donnet das Blatt „zielbewußt und unentwegt“ gegen Regierung, Junker und Pöbel und tritt mit edlem Mannesmuthe für Freiheit, Menschenrechte, soziale Gleichstellung der Staatsbürger u. s. w. ein, während es im lokalen Theil nach allen Seiten hin schwelwedelt und lapenbuckelt und seinen Respekt vor allem, was „Gesellschaft“, „Vornehm“ u. s. w. bedeutet, unverkümmert ausdrückt. „Vorne pikt es, hinten nicht es.“

Mosse sowohl wie Allstein werden allerdings sich den Teufel um diese Nichtigkeit scheeren. Erst das Geschäft und dann die Konsequenz.

Der letzte Regen hat, trotz der außerordentlich hohen Temperatur, Wunder gewirkt. Ueber Nacht hat sich das frische Grün von Sträußern und Bäumen in überraschender Weife entwickelt, und wo gestern Abend nur Knospen sich zeigten, da prangte heute früh zartgrüner Blättererschmuck; selbst die Eichen, die doch sonst die letzten bleiben beim Erwachen des Frühlings, beginnen ihre zarten Blättchen zu entwickeln. Auf die ausgebildete Erde freilich hat der feuchte Niederschlag nur wenig zu wirken vermocht; dieselbe ist heute noch ebenso dürre, wie sie seit Wochen gewesen. Nur ein längerer, milder „Landregen“ wird hier befruchtend wirken und dann auch den Gräsern und Blumen zu besserer Entwicklung verhelfen. Leider sind auch die meisten Gemüse, die eigentlich jetzt schon auf den Märkten stark gehandelt werden müßten, noch sehr dürr.

Die Linie Adlershof-Schlesischer Bahnhof der Neuen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft wird bis zur Hofenhalde (Fichtenstraße) verlängert, und zwar über die Köpnickstraße und Adalbertstraße.

Das Berliner Verkehrs-Lexikon, Semestr XV (Verlag von Wag Schönbörger), ist soeben erschienen mit allen Fahrplänen der Eisenbahnen, Pferdebahnen, Omnibusse und Dampfschiffahrten von Berlin und Umgebung.

Die letzten Ueberreste des Ballons „Humboldt“ sind in Charlottenburg eingetroffen. Sachverständige zweifeln übrigens daran, daß die Explosion durch eine glimmende Zigarette entstanden sein könne.

Das Tischrücken spielt gegenwärtig in den Wirthshäusern mit weiblicher Bedienung eine große Rolle. In mehreren Lokalen der Friedrichstadt haben die Wirthsleute bei der leidigen Polizeiverordnung ihren Kellnerinnen eine größere Annäherung an die Gäste zu gestatten, kleine Dreißiger anfertigen lassen, auf denen nur ein Glas Bier Platz hat, die aber mit der Hebe zusammen nach Bedürfniß an die spendebenen Gäste herangerückt werden. Ob's lange dauert!

Ein dritter Postdiebstahl ist den beiden von der Deutschen Bank gemeldeten gefolgt. Auch dieser betrifft dieselbe Bank und dasselbe Postamt. In allen drei Fällen hat die Bank die Anklagen über die gefahrenen Einlieferungen der Briefe in Händen, sobald die Annahme, ein Beamter könnte mit im Spiele sein, ausgeschlossen erscheint. Die behördlichen Nachforschungen richten sich demgemäß nach einer anderen Stelle.

Arbeiter-Sanitätskommission. Die Angaben über die Wohnung im Hause Stalherstraße 116a (siehe vorige Sonntagsnummer) werden uns von der Besitzerin als durchaus unrichtig bezeichnet.

Verschwinden ist seit dem 25. d. Mis. der vierzig Jahre alte Bankier Gling aus Oberwalde. Derselbe hat sich, wie ermittelt worden ist, nach Berlin begeben, woselbst er auch an demselben Tage noch am Stettiner Bahnhofe gesehen worden ist. Da keinerlei Gründe vorliegen, die die Annahme eines Selbstmordes rechtfertigen, so glaubt man, daß G. irgendwie verunglückt ist. Die Angehörigen haben beauftragt Ermittlung des Vermissen die Hilfe der hiesigen Kriminalpolizei in Anspruch genommen.

Mit bezug auf das Verschwinden der kleinen Hedwig Weber ist jetzt eine schwache Mchlichkeit vorhanden, daß der Sachverhalt seine Aufklärung findet. Der Kaufmann Rudolf Pieper, Wilhelmstr. 114, hat aus Kranzin bei Neu-Ruppin von seinem Vater ein Schreiben erhalten, wonach unweit der Köpnickstraße in Neu-Ruppin die Leiche eines etwa elfjährigen Mädchens im Wasser aufgefunden sei. Der Brief betont ausdrücklich, daß die Persönlichkeit der Todten noch nicht festgestellt worden sei. Bemerkenswerth erscheint, daß der Bruder der Vermissten bis vor wenigen Tagen bei einem Schlächtermeister Pindenberg, Wichmannstr. 12, in Neu-Ruppin in der Lehre stand. Die Mchlichkeit ist daher nicht ausgeschlossen, daß Hedwig Weber sich auf die Reise nach ihrem Bruder begeben hat und dabei verunglückt ist. Diese Annahme steht allerdings im Widerspruch zu den Eigenschaften des Kindes, das durchaus keinen Hang zu Abenteuern zeigte und sich ohne Vorwissen der Eltern niemals von Hauße entfernt hat. Der Schlächtermeister Weber hat die Nachricht nicht ohne Erregung hingenommen und sich sofort nach Neu-Ruppin gewandt, um Gewißheit zu erhalten.

Ein flüchtiger Wachmeister wird aus Bockenheim hierher signalisirt. Der dortige Wachmeister Schankweiler hat zweitausend Mark amtlicher Gelder unterschlagen und ist dann durchgegangen. Es besteht die begründete Vermuthung, daß er sich auf der Flucht den Namen Otto Schröder beilegen werde, weil er auf diesen Namen lautende Ausweispapiere mitführt.

Das „Anspruchen“ einer Petroleumlampe hat gestern wieder einen schweren Standesfall zur Folge gehabt. Die Feldzeugmeisterstraße 6 wohnende Frau Erich wollte vor dem Schlafengehen eine auf dem Nachttisch stehende Petroleumlampe auslösen und blies von oben herunter in den Jolinder. Die Flamme schlug zurück und erreichte das gefüllte Bassin; im nächsten Augenblick explodirte das Leichte, und die brennende Flüssigkeit ergoß sich nun über das Gesicht und beide Arme der Unvorsichtigen, derselben entsetzliche Brandwunden zufügend.

Ein Raubmordfall ist am Montag Abend in Köpenick an einem Handelsmann verübt worden. Der Händler Louis G. aus Schlamau, Kreis Belgj, der am Nachmittage dieses Tages mehrere Stunden in der Ortelschen Wirthschaft gewellt, passirte um 9 Uhr Abends die Straße zum Bahnhofe, und zwar, wie der

Mann selbst angiebt, in ziemlich angetrunkenem Zustande. plöthlich erhielt er einen Schlag gegen die rechte Kopffseite und stürzte halb bewusstlos zu Boden; jetzt bange sich der Räuber über den Gefallenen, nahm aus der linken Hosentasche desselben einen leinernen Beutel mit 100 M. und ließ davon. Jedemfalls hat der Räuber vor der That die Bekanntschaft des Händlers gemacht.

Polizeibericht. Am 2. d. M. Morgens wurde am Tempelhofer Ufer ein sechsjähriges Mädchen durch einen Bierwagen überfahren und am Oberschenkel schwer verletzt. — Am Friedrichshain, gegenüber dem Grundstück Friedenstr. 34, verlor sich Abends ein Arbeiter, sich mittels einer mit Schrot geladenen Pistole zu erschließen. Er verletzte sich bedeutend an der Brust und mußte nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

Gerichts-Beifung.

Ein mißglücktes unfittliches Attentat auf ein zwölfjähriges Mädchen wurde dem Militär-Juvaliden Oskar Seredin zur Last gelegt, der gestern der ersten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Am Abende des 13. März, gegen 8 Uhr, ging das 12jährige Schulmädchen Anna Bullov durch die Friedrichsbergerstraße. Es trat ein Mann an das Mädchen heran und bot ihm 10 Pfennige, wenn es einen Brief bei einer Dame abgeben wolle, deren Wohnung der Mann als ganz in der Nähe liegend bezeichnete. Das Kind nahm den Auftrag an, worauf der Mann es auf den Fluß eines Hauses führte und es ersuchte, nach der drei Treppen hoch gelegenen Wohnung hinaufzugehen. Dem Kinde wurde ängstlich, es gab dem Fremden das Hehnpiennistück zurück und wandte sich zum Gehen. Der Mann ergriff es, hob es auf seinen Arm, hielt ihm mit einer Hand den Mund zu, um es am Schreien zu verhindern und eilte mit ihm nach dem auf dem Hofe befindlichen Hofet, welches unvergeschlossen war. Hier hielt der Unhold dem Kinde mit einem Tuche den Mund zu, würgte es am Halse, um das Schreien zu ersticken und drohte ihm mit Halsabschneiden, wenn es nicht ruhig sei. Das Wimmern des Kindes war aber doch von einigen Hausbewohnern gehört worden; es wurden Fenster geöffnet und der Wüßling zog es vor, von seinem Opfer abzulassen. Das Kind schlüpfte hinaus und eilte angsterfüllt hinaus, der Angreifer flüchtete in entgegengesetzter Richtung. Sein Treiben war aber bemerkt worden, er wurde verfolgt und ergriffen. Vor der Polizei wie vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er nicht mit dem Attentäter identisch sei, er habe vielmehr zu den Verfolgern gehört und sei das Opfer einer Personenverwechslung geworden. Der Gerichtshof gewann durch die Beweisaufnahme die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten und verurtheilte ihn zu einem Jahre Gefängniß.

Eine empfindliche Strafe verhängte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I über zwei Personen, welche Zubaltdienste geleistet und dadurch die öffentliche Sicherheit in hohem Maße gefährdet hatten. In der Nacht zum 27. März hatte der Kaufmann O. fast seine in der Gitchinerstraße gelegene Wohnung erreicht, als er von zwei Frauenpersonen angesprochen wurde. Er wies dieselben kurz ab, wurde aber fortwährend belästigt, bis er damit drohte, handgreiflich zu werden. Nun blieben die beiden Frauenzimmer zurück. O. bemerkte, daß sich gleich darauf zwei Männer zu ihnen gesellen und beschleunigte seine Schritte. Die beiden Männer verfolgten ihn und holten ihn ein, als er im Begriffe war, seine Hausthür zu öffnen. Mit den Worten: „Du willst Weiber schlagen? Das werden wir Dir besorgen!“ fielen sie über ihn her und schlugen mit Instrumenten auf ihn ein. Der Ueberfallene setzte sich nach Kräften zur Wehre, bevor ihm aber andere Personen zu Hilfe eilen konnten, hatten ihn die Angreifer mehrere blutende Kopfwunden beigebracht. Die Lehteren, der Komiker Robert Feinsdorf und der Gärtler Georg Baruschel, wurden zur Haft gebracht und durch gefirriges Urtheil zu einer Gefängnißstrafe von je einem Jahre verurtheilt.

Unter der Anklage der fahrlässigen Tödtung stand gestern der Droschkenfütcher Karl Lehmann vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. In der Nacht zum 18. September v. J. fuhr der Angeklagte mit seiner leeren Droschke durch die Potsdamerstraße. Uebermüdet wie er war, schenkte er seiner Umgebung nicht die nöthige Aufmerksamkeit. An der Ecke der Eichhornstraße stieß er mit einem ihm begegnenden Pferdebahnwagen zusammen. Der Anprall hatte die Folge, daß der Scherbaum der Droschke ausgehaut wurde und daß die Stränge zerrißen, jede Verbindung des Pferdes mit der Droschke wurde dadurch aufgehoben und das schon gewordene Thier stürzte die Straße entlang. Es lief in einen Haufen Menschen, die im Begriffe waren sich gegenseitig zu verabschieden. Der 67 jährige Malter Lewin wurde von dem Pferde überrollt und von dessen Hufen getreten, derselbe erlitt eine Menge Verletzungen, die ein widerstandsfähiger Körper vielleicht ertragen hätte, bei dem Alter und der Gebrechlichkeit des Lewin aber dessen Tod zur Folge hatten. Der Angeklagte behauptete, daß die Räder seiner Droschke in den Pferdebahnschienen festgehalten worden seien und er deshalb außer Stande gewesen sei, rechtzeitig dem sehr schnell fahrenden Pferdebahnwagen auszubiegen. Der Gerichtshof hielt diese Behauptung durch die stattgehabte Beweisaufnahme weder für erwiesen, noch eine derartige Entschuldigung für nichtig, sondern verurtheilte den Angeklagten zu einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten.

Wegen unbegründeter Verschumnich des Unterrichts in der Fortbildungsschule zu Sommerfeld war gegen den zu seinem Besuch verpflichteten Maurer Sch. und dessen Lehrer einen Strafbefehl erlassen. Die Geldstrafe konnte gegen Sch. nicht vollstreckt werden und so wurde ein Haftbefehl ausgestellt, mit dessen Vollstreckung der Polizeidiener A. betraut wurde. Als dieser den Sch. auf einem Bau erblückte, forderte er ihn auf, nach dem Polizeibureau mitzukommen. Sch. verlangte zunächst, ihm „etwas Schriftliches“ zu zeigen und leistete sodann seiner Fortführung durch den Beamten, der den Haftbefehl nicht bei sich führte, Widerstand. Aus dieser Veranlassung wurde Sch. unter Anklage gestellt. Die Strafkammer bei dem Landgericht zu Guben sprach in der Berufungsinstanz den Angeklagten frei, auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob aber der Strafnaat des Kammergerichts diesen Urtheil auf und wies die Sache in die Instanz zurück. Wenn der Angeklagte den Haftbefehl nicht bewirken dürfe, so habe er auf seine Gefahr dem Beamten Widerstand leisten. Eine gesetzliche Vorschrift, daß diese Vorsorge erfolgen müsse, bestehe nicht und so sei der Widerstand ein unrechtmäßiger gewesen.

Das Vertheilen von Aufrufen an einem öffentlichen Ort ohne polizeiliche Erlaubniß wird in dem preussischen Pressgesetz vom 12. Mai 1851 mit Strafs be droht. Auf grund dieser Bestimmung wurde gegen den Former N. das Strafverfahren eingeleitet. Dieser hatte in Glichtstadt u. a. auf dem Hause einer Gaidwirthschaft eine Druckschrift niedergelegt, die sich an die Bewohner des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises richtend, Ausfahrungen über die gegenwärtige Militärvorlage enthält und aufforderte, einer bestimmten Adresse mitzutheilen, welche Säle für die Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung ständen. Die Strafkammer zu Iphoe verurtheilte in der Berufungsinstanz den Angeklagten und die hiergegen eingelegte Revision wies der Strafnat des Kammergerichts zurück. Unzweifelhaft enthalte jene Druckschrift einen Aufruf. Hierunter sei jede an die Öffentlichkeit gerichtete Aufforderung zur Vornahme von Handlungen zu ver-

